

Auszug aus dem Stenografischen Bericht
des Deutschen Bundestages
226. Sitzung
Berlin, Freitag, den 1. März 2013

Tagesordnungspunkt 37:

a) Antrag der Abgeordneten Matthias W. Birkwald, Diana Golze, Dr. Martina Bunge, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE: **Riester-Förderung in die gesetzliche Rente überführen** (Drucksache 17/12436)

b) Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Arbeit und Soziales

– zu dem Antrag der Abgeordneten Matthias W. Birkwald, Diana Golze, Dr. Martina Bunge, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE: **Wiederherstellung eines Lebensstandard sichernden und strukturell armutsfesten Rentenniveaus**

– zu dem Antrag der Abgeordneten Matthias W. Birkwald, Diana Golze, Dr. Martina Bunge, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE: **Rente erst ab 67 sofort vollständig zurücknehmen**

– zu dem Antrag der Abgeordneten Matthias W. Birkwald, Diana Golze, Dr. Martina Bunge, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE: **Risiko der Erwerbsminderung besser absichern**

– zu dem Antrag der Abgeordneten Matthias W. Birkwald, Diana Golze, Dr. Martina Bunge, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE: **Rentenbeiträge für Langzeiterwerbslose wieder einführen**

– zu dem Antrag der Abgeordneten Matthias W. Birkwald, Diana Golze, Dr. Martina Bunge, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE: **Kindererziehung in der Rente besser berücksichtigen**

– zu dem Antrag der Abgeordneten Matthias W. Birkwald, Diana Golze, Dr. Martina Bunge, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE: **Rente nach Mindestentgeltpunkten entfristen**

– zu dem Antrag der Abgeordneten Matthias W. Birkwald, Diana Golze, Dr. Martina Bunge, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE: **Eine solidarische Rentenversicherung für alle Erwerbstätigen**

– zu dem Antrag der Abgeordneten Matthias W. Birkwald, Diana Golze, Dr. Martina Bunge, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE: **Altersarmut wirksam bekämpfen – Solidarische Mindestrente einführen**

(Drucksachen 17/10990, 17/10991, 17/10992, 17/10993, 17/10994, 17/10995, 17/10997, 17/10998, 17/12474)

Redner innen-Liste:

Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE)

Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin BMAS

Matthias W. Birkwald (DIE LINKE) - Zwischenfrage

Matthias W. Birkwald (DIE LINKE) - Kurzintervention

Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin BMAS

Petra Hinz (Essen) (SPD)

Klaus Ernst (DIE LINKE)

Diana Golze (DIE LINKE)

Dr. Heinrich L. Kolb (FDP)

Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Klaus Ernst (DIE LINKE)

Karl Schiewerling (CDU/CSU)

Dr. Ilja Seifert (DIE LINKE)

Karl Schiewerling (CDU/CSU)

Bettina Hagedorn (SPD)

Pascal Kober (FDP)

Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE)

Peter Weiß (Emmendingen) (CDU/CSU)

Dr. Barbara Höll (DIE LINKE)

Ingrid Arndt-Brauer (SPD)

Max Straubinger (CDU/CSU)

Bettina Kudla (CDU/CSU)

nende wir haben, und schaue sich die Zahl der Normalverdienenden an. Angesichts dessen ist das eine skandalöse Absenkung, die Sie damals beschlossen haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Anrechnungszeiten für die Kindererziehung und die eigene Ausbildung wurden gekürzt. Die Rente wurde durch die Einführung einer Rente erst ab 67 Jahren um zwei Jahre gekürzt. Das hat mit den gesellschaftlichen Realitäten übrigens nichts zu tun. Ich staune, dass Sie diese nicht zur Kenntnis nehmen. Ich nenne Ihnen nur ein Beispiel: Im Juni 2011 hatten von allen 64-Jährigen in Deutschland 9,9 Prozent einen Vollzeitjob. Konkret waren das 14,1 Prozent der Männer und 5,9 Prozent der Frauen. Den anderen sagen Sie, sie sollen zwei Jahre länger arbeiten. Ich frage Sie: Wo denn? Bei wem?

(Beifall bei der LINKEN)

Die Erwerbsminderungsrenten haben Sie ebenfalls gekürzt. Die Unternehmen wurden teilweise aus der paritätischen Finanzierung entlassen, indem Sie den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gesagt haben, sie sollen private oder betriebliche Vorsorge treffen. Bei der privaten Vorsorge sind Sie dann auf die Idee mit der Riester-Rente gekommen. Dafür zahlen die Leute selbst, dann gibt es noch staatliche Zuschüsse, und die Unternehmen sind von jedem Beitrag befreit. Um nichts anderes ging es Ihnen ja auch. Das heißt, für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kam wieder weniger Netto vom Brutto heraus. Die staatlichen Zuschüsse bekommen ja nicht die Leute, sondern die Versicherungsunternehmen. Von 2002 bis 2011 waren das 16,6 Milliarden Euro. Deshalb spendet die Allianz jedes Jahr an Union, SPD, FDP und Grüne, nur an die Linke nicht. Man kann sich ausrechnen, woran das liegt.

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Schön, wer ein einfaches Weltbild hat!)

Ich nenne Ihnen drei Beispiele. – Erstes Beispiel. Zwei Arbeitnehmerinnen haben seit ihrem 35. Lebensjahr in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt. Beide verdienen 1 790 Euro netto im Monat. Das sind keine Geringverdienenden. Das ist fast der Durchschnitt; ich will nur daran erinnern. Die eine zahlt bei Riester ein, und die andere sagt: Ich möchte den Beitrag nicht bezahlen; ich möchte mir lieber mal ein hübsches T-Shirt kaufen. Ich verzichte darauf. – Beide werden am selben Tag Rentnerinnen. Was kommt bei ihnen heraus? Die eine Arbeitnehmerin bekommt eine Rente von 500 Euro, die andere eine Rente von 640 Euro. Beide können davon nicht leben. Beide erfüllen die Voraussetzungen für eine Grundsicherung und beantragen sie. Dann bekommt die eine, um auf die durchschnittliche Grundsicherung in Höhe von 707 Euro zu kommen, einen Zuschuss von 207 Euro und die andere von 67 Euro. Sie hat also jahrelang Beiträge gezahlt, um dann den gleichen Betrag zur Verfügung zu haben wie die andere. Sie ändern nichts daran, auch wenn die FDP es will. Gelegentlich sagt das auch die Union; aber Sie machen nichts.

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Gregor Gysi für die Fraktion Die Linke das Wort.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Rentenrasur in Deutschland wurde zunächst durchgeführt von Union und FDP, dann allerdings ab 2001 von SPD und Grünen verschärft. Das führte zu einem Paradigmenwechsel bei der Alterssicherung, mit dem wir es heute zunehmend zu tun bekommen.

Das Rentenniveau wurde von 53 Prozent auf 43 Prozent des durchschnittlichen Nettolohns im Jahr 2030 gesenkt. Man überlege sich einmal, wie viel Geringverdie-

Dr. Gregor Gysi

- (A) (Beifall bei der LINKEN – Petra Hinz [Essen] [SPD]: Was bringt es ihnen, wenn sie T-Shirts im Schrank haben?)

Zweites Beispiel. Frau Schäfer, Rentnerin, ist 70 Jahre alt. Sie hat drei Kinder aufgezogen. Sie hat Jahrzehnte als Verkäuferin und Kassiererin gearbeitet. Sie bekommt heute eine Rente von 599 Euro. Sie könnte Grundsicherung beantragen; das macht sie aber nicht. Sie will das nicht. Sie sagt, dass es sie demütigt.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Stimmt!)

Viele, die es könnten, machen es nicht. Bei der Beantragung der Grundsicherung muss man auch die Voraussetzungen im Blick haben: Man darf keine Eigentumswohnung oder kein Grundstück ab einer bestimmten Größe besitzen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das stimmt alles nicht!)

Der Höhepunkt aber ist: Man darf nur ein Sparguthaben in Höhe von 2 600 Euro haben. Das ist weniger, als selbst ein Hartz-IV-Beziehender haben darf. – Sie muss erst einmal das Geld ausgeben, bevor sie die Grundsicherung beantragen kann. Indiskutabel!

(Beifall bei der LINKEN)

- (B) Deshalb muss diese 70-jährige Frau bis an ihr Lebensende in einem Minijob arbeiten, nicht, weil sie es so klasse findet, sondern um überhaupt existieren zu können.

436 000 Menschen beziehen Grundsicherung im Alter. 925 000 Personen könnten sie beantragen, tun es aber nicht. Zwei Drittel der Personen verzichten auf ihren Rechtsanspruch, weil er so demütigend organisiert ist.

Drittes Beispiel: die irrsinnige Lebenserwartung. Eine Frau, die vor zehn Jahren im Alter von 35 Jahren einen Riester-Rentenvertrag abschloss, muss knapp 80 Jahre alt werden, bis sie als Rentnerin alle Beiträge wieder herausbekommen hat. Wenn sie aber davon träumt, eine kleine Rendite von 2,5 Prozent zu erhalten, dann muss sie 90 Jahre alt werden. Wenn sie die dreiste Vorstellung hat, eine Rendite von 5 Prozent zu bekommen, dann muss sie 128 Jahre alt werden. Das erklären Sie einmal den Leuten. Die Riester-Rente ist ein Hohn. Sie muss überwunden werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Was hat damals Bundesminister Riester gesagt? Ich zitiere:

Wir haben das Ziel, das Versorgungsniveau im Alter insgesamt zu erhöhen. In Zukunft soll die gesetzliche Rente als Basis durch eine zusätzliche Rente ergänzt werden.

So ein Mist ist bei alledem herausgekommen, um es einmal deutlich zu sagen. Die Geringverdienenden „riestern“ sowieso nicht. Sie können es sich gar nicht leisten.

Zurück zur gesetzlichen Rente. Wer heute in Rente geht und 40 Jahre ununterbrochen gearbeitet hat, nie arbeitslos war, muss pro Stunde 10,80 Euro verdient haben, um das Grundsicherungsniveau von 707 Euro zu erreichen. Wenn er nur 35 Beitragsjahre hat, dann müsste er durchschnittlich 13 Euro pro Stunde verdient haben. Schauen Sie sich doch einmal die Realität in unserer Gesellschaft an! Wir laufen auf eine dramatische Altersarmut zu.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Genau so ist es!)

Die Grünen haben den Paradigmenwechsel immer damit begründet, dass sie gesagt haben, sie wollten die junge Generation schützen, damit sie nicht so hohe Beiträge zahlen muss. Die damals Jungen gehen jetzt in die Altersarmut.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: So ist es!)

Wechseln Sie doch einmal Ihre Position! Nicht die Demografieentwicklung ist entscheidend, sondern die Produktivitätsentwicklung. Darauf müssen wir setzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir haben 3,3 Millionen Selbstständige, die überhaupt keine Altersvorsorge haben. Was soll eigentlich aus denen im Alter werden? Auch dazu machen Sie sich keine Gedanken.

Wenn wir die Altersarmut wirksam bekämpfen wollen, brauchen wir gute Löhne, gute Arbeit und als Erstes einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro pro Stunde.

(Beifall bei der LINKEN sowie der Abg. Bettina Hagedorn [SPD] – Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Ich habe schon lange darauf gewartet, dass das kommt!)

Wir müssen die ganze prekäre Beschäftigung, den Niedriglohnsektor, die Aufstockerei, die Leiharbeit, den Missbrauch der Werkverträge und die befristete Beschäftigung endlich überwinden. Anders können wir die Altersarmut nicht wirksam bekämpfen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich muss der SPD einmal sagen – sonst bin ich ja nicht so kleinlich –: Sie sind nicht die Erfinderin des flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Das war wirklich eine harte Nummer!)

Das sind nun wirklich wir. Unseren Antrag vom 25. April 2002 haben Sie noch kategorisch abgelehnt.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: So ist es!)

Ich finde es gut, dass Sie sich korrigieren, aber Sie könnten es auch einmal erwähnen, wollte ich nur sagen.

(Beifall bei der LINKEN)

Um darüber hinaus Altersarmut zu verhindern und die Würde der Menschen im Alter zu wahren, damit sie den Lebensstandard einigermaßen halten können, brauchen wir folgende Schritte:

Dr. Gregor Gysi

- (A) Erstens. Das Rentenniveau muss wieder auf 53 Prozent des Durchschnittseinkommens erhöht werden; anders geht es nicht.

(Beifall bei der LINKEN – Ingrid Arndt-Brauer [SPD]: Wer zahlt das denn?)

Zweitens. Die Kürzungsfaktoren, also Riesterfaktor, Nachholfaktor und Nachhaltigkeitsfaktor, müssen gestrichen werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Drittens. Die Rente erst ab 67 Jahren muss zurückgenommen werden. Das können wir heute hier entscheiden. Ein entsprechender Antrag liegt vor.

(Beifall bei der LINKEN)

Viertens. 23 Jahre nach der deutschen Einheit muss jetzt endlich einmal eine Rentenangleichung, eine Angleichung der Rentenwerte Ost an West, geschehen.

(Beifall bei der LINKEN – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Unbedingt! Das ist dringend überfällig!)

Es muss eine gleiche Rente für gleiche Lebensleistungen geben. Ich verstehe nicht, dass Union und FDP dies erst in den Koalitionsvertrag aufnehmen und es dann einfach aufkündigen. Das ist für die ostdeutschen Rentnerinnen und Rentner nicht hinnehmbar.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Lücken und Benachteiligungen bei der Rentenüberleitung müssen beseitigt werden.

- (B) Fünftens. Wir brauchen endlich eine Anrechnung der Kindererziehungszeiten auch für Kinder, die vor 1992 geboren sind.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Erklären Sie doch einmal einem Kind, wieso es weniger wert ist, nur weil es einen Monat früher geboren ist als ein anderes Kind! Das ist nicht nachvollziehbar, um das einmal ganz klar zu sagen.

(Beifall bei der LINKEN)

Auch dazu liegt heute ein Antrag vor. Auch darüber können wir namentlich entscheiden.

Weiter müssen die Abschläge auf Erwerbsminderungsrenten gestrichen werden. Es müssen wieder Rentenbeiträge für die Hartz-IV-Beziehenden eingeführt werden. Da die Riester-Rente gescheitert ist, muss sie auslaufen. Wir wollen jetzt die Möglichkeit schaffen, dass Leute, die einen Riester-Rentenvertrag abgeschlossen haben, alle Beiträge und die Zuschläge des Staates in die gesetzliche Rente überführen können, ohne dass ihnen Kosten entstehen. Das wäre immerhin ein Ausweg. Denken Sie einmal darüber nach!

(Beifall bei der LINKEN)

Des Weiteren brauchen wir Lösungen für die Selbstständigen. Dazu haben wir Vorschläge unterbreitet. Darüber hinaus brauchen wir in Deutschland eine solidarische Mindestrente von 1 050 Euro. Dann haben wir auch keine Altersarmut.

(Beifall bei der LINKEN)

(C)

Jetzt zu der Frage, wie wir das alles finanzieren können; mich wundert, dass die SPD unseren Weg nicht mitgeht.

(Petra Hinz [Essen] [SPD]: Das werden wir Ihnen erklären!)

Wir müssen der neuen Generation sagen: Erstens. Alle Erwerbstätigen müssen von sämtlichen Erwerbseinkommen einen Beitrag an die gesetzliche Rentenversicherung zahlen, auch Abgeordnete, auch Rechtsanwälte, auch Beamte.

(Beifall bei der LINKEN)

Beamte müssen dann allerdings einen Ausgleich erhalten, damit sie nicht schlechtergestellt sind. Zweitens. Wir müssen die Beitragsbemessungsgrenzen aufgeben. Dann müssen die neuen Ackermänner, also die Ackermänner der nächsten Generation, einen bestimmten Prozentsatz von ihrem gesamten Einkommen in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen.

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und bekommen dann höhere Renten!)

Der damit verbundene Rentenanstieg – das sehen auch wir – muss abgeflacht werden. Dies erlaubt auch das Bundesverfassungsgericht.

Dann brauchen wir nicht mehr über Altersarmut zu diskutieren, dann ist sie überwunden. Dann gilt endlich der Grundsatz, der auch in der Schweiz gilt: Die Millionäre benötigen zwar keine gesetzliche Rente – das ist richtig –; aber die gesetzliche Rentenversicherung benötigt die Millionäre. Genau das müssen wir durchsetzen.

(D)

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Als Letztes: Wir brauchen nicht weitere Kürzungen; wir brauchen einen anderen Weg. Fassen Sie einmal Mut! Lassen Sie uns alle gemeinsam

(Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]: Den Sozialismus wagen! Sehr gute Idee! Nicht nur in Italien gibt es Clowns!)

etwas für die Rentnerinnen und Rentner der Zukunft in diesem Lande tun!

Danke schön.

(Anhaltender Beifall bei der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Bevor Frau von der Leyen für die Bundesregierung das Wort erhält, möchte ich das von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelte **Ergebnis der namentlichen Abstimmung** über den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Urheberrechtsgesetzes bekannt geben: abgegebene Stimmen 539. Mit Ja haben gestimmt 293, mit Nein haben gestimmt 243, enthalten haben sich 3 Kolleginnen und Kollegen. Damit ist der Gesetzentwurf angenommen.

Präsident Dr. Norbert Lammert

(A)	Endgültiges Ergebnis				(C)
	Abgegebene Stimmen:	539;	Michael Grosse-Brömer	Dr. Michael Luther	Carola Stauche
	davon		Markus Grübel	Karin Maag	Dr. Frank Steffel
	ja:	293	Manfred Grund	Dr. Thomas de Maizière	Erika Steinbach
	nein:	243	Monika Grütters	Hans-Georg von der Marwitz	Christian Freiherr von Stetten
	enthalten:	3	Olav Gutting	Andreas Mattfeldt	Dieter Stier
			Florian Hahn	Stephan Mayer (Altötting)	Gero Storjohann
			Dr. Stephan Harbarth	Dr. Michael Meister	Stephan Stracke
			Gerda Hasselfeldt	Dr. Angela Merkel	Max Straubinger
			Dr. Matthias Heider	Maria Michalk	Karin Strenz
			Helmut Heiderich	Dr. Mathias Middelberg	Lena Strothmann
			Mechthild Heil	Philipp Mißfelder	Michael Stübgen
			Frank Heinrich	Dietrich Monstadt	Antje Tillmann
			Rudolf Henke	Marlene Mortler	Dr. Hans-Peter Uhl
			Michael Hennrich	Dr. Gerd Müller	Arnold Vaatz
			Ansgar Heveling	Stefan Müller (Erlangen)	Volkmar Vogel (Kleinsaara)
			Ernst Hinsken	Dr. Philipp Murmann	Stefanie Vogelsang
			Peter Hintze	Michaela Noll	Andrea Astrid Voßhoff
			Christian Hirte	Franz Obermeier	Dr. Johann Wadehul
			Robert Hochbaum	Eduard Oswald	Marco Wanderwitz
			Karl Holmeier	Henning Otte	Kai Wegner
			Franz-Josef Holzenkamp	Dr. Michael Paul	Marcus Weinberg (Hamburg)
			Joachim Hörster	Rita Pawelski	Peter Weiß (Emmendingen)
			Anette Hübinger	Ulrich Petzold	Sabine Weiss (Wesel I)
			Hubert Hüppe	Dr. Joachim Pfeiffer	Ingo Wellenreuther
			Dieter Jasper	Sibylle Pfeiffer	Karl-Georg Wellmann
			Dr. Franz Josef Jung	Beatrix Philipp	Peter Wichtel
			Andreas Jung (Konstanz)	Ronald Pofalla	Annette Widmann-Mauz
			Dr. Egon Jüttner	Christoph Poland	Klaus-Peter Willsch
			Bartholomäus Kalb	Ruprecht Polenz	Elisabeth Winkelmeier-Becker
			Hans-Werner Kammer	Eckhard Pols	Dr. Matthias Zimmer
			Steffen Kampeter	Thomas Rachel	Wolfgang Zöllner
			Alois Karl	Dr. Peter Ramsauer	Willi Zylajew
			Bernhard Kaster	Lothar Riebsamen	
			Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen)	Josef Rief	
			Volker Kauder	Klaus Riegert	FDP
			Dr. Stefan Kaufmann	Dr. Heinz Riesenhuber	Jens Ackermann
			Roderich Kiesewetter	Johannes Röring	Christine Aschenberg-Dugnus
			Volkmar Klein	Dr. Norbert Röttgen	Daniel Bahr (Münster)
			Jürgen Klimke	Dr. Christian Ruck	Florian Bernschneider
			Axel Knoerig	Erwin Rüdell	Claudia Bögel
			Jens Koeppen	Albert Rupprecht (Weiden)	Nicole Bracht-Bendt
			Manfred Kolbe	Anita Schäfer (Saalstadt)	Klaus Breil
			Dr. Rolf Koschorrek	Dr. Wolfgang Schäuble	Rainer Brüderle
			Hartmut Koschyk	Dr. Annette Schavan	Ernst Burgbacher
			Thomas Kossendey	Dr. Andreas Scheuer	Marco Buschmann
			Michael Kretschmer	Karl Schiewerling	Helga Daub
			Gunther Krichbaum	Norbert Schindler	Reiner Deutschmann
			Dr. Günter Krings	Tankred Schipanski	Bijan Djir-Sarai
			Rüdiger Kruse	Georg Schirrmbeck	Patrick Döring
			Bettina Kudla	Christian Schmidt (Fürth)	Mechthild Dyckmans
			Dr. Hermann Kues	Patrick Schnieder	Hans-Werner Ehrenberg
			Günter Lach	Nadine Schön (St. Wendel)	Rainer Erdel
			Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg)	Dr. Andreas Schockenhoff	Jörg van Essen
			Andreas G. Lämmel	Dr. Ole Schröder	Ulrike Flach
			Dr. Norbert Lammert	Dr. Kristina Schröder (Weisbaden)	Otto Fricke
			Katharina Landgraf	Bernhard Schulte-Drüggelte	Dr. Edmund Peter Geisen
			Ulrich Lange	Uwe Schummer	Dr. Wolfgang Gerhardt
			Dr. Max Lehmer	Armin Schuster (Weil am Rhein)	Hans-Michael Goldmann
			Paul Lehrieder	Detlef Seif	Heinz Golombek
			Dr. Ursula von der Leyen	Johannes Selle	Dr. Christel Happach-Kasan
			Ingbert Liebing	Reinhold Sendker	Manuel Höferlin
			Matthias Lietz	Dr. Patrick Sensburg	Birgit Homburger
			Dr. Carsten Linnemann	Bernd Siebert	Heiner Kamp
			Patricia Lips	Thomas Silberhorn	Michael Kauch
			Dr. Jan-Marco Luczak	Johannes Singhammer	Dr. Lutz Knopek
			Daniela Ludwig	Jens Spahn	Pascal Kober
					Dr. Heinrich L. Kolb
(B)					(D)
	Heike Brehmer				
	Ralph Brinkhaus				
	Cajus Caesar				
	Gitta Connemann				
	Alexander Dobrindt				
	Thomas Dörflinger				
	Marie-Luise Dött				
	Dr. Thomas Feist				
	Enak Ferlemann				
	Ingrid Fischbach				
	Hartwig Fischer (Göttingen)				
	Dirk Fischer (Hamburg)				
	Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land)				
	Dr. Maria Flachsbarth				
	Klaus-Peter Flosbach				
	Herbert Frankenhauser				
	Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)				
	Michael Frieser				
	Erich G. Fritz				
	Alexander Funk				
	Ingo Gädechens				
	Dr. Peter Gauweiler				
	Dr. Thomas Gebhart				
	Norbert Geis				
	Alois Gerig				
	Eberhard Gienger				
	Michael Glos				
	Josef Göppel				
	Peter Götz				
	Ute Granold				
	Reinhard Grindel				
	Hermann Gröhe				

Präsident Dr. Norbert Lammert

- (A) Gudrun Kopp
Sebastian Körber
Holger Krestel
Patrick Kurth (Kyffhäuser)
Heinz Lanfermann
Harald Leibrecht
Sabine Leutheusser-
Schnarrenberger
Lars Lindemann
Dr. Martin Lindner (Berlin)
Michael Link (Heilbronn)
Oliver Luksic
Patrick Meinhardt
Gabriele Molitor
Jan Mücke
Burkhardt Müller-Sönksen
Dirk Niebel
Hans-Joachim Otto
(Frankfurt)
Cornelia Pieper
Gisela Piltz
Dr. Christiane Ratjen-
Damerau
Jörg von Polheim
Dr. Birgit Reinemund
Hagen Reinhold
Dr. Peter Röhlinger
Dr. Stefan Ruppert
Björn Sänger
Marina Schuster
Dr. Erik Schweickert
Werner Simmling
Judith Skudelny
Dr. Hermann Otto Solms
Joachim Spatz
Dr. Max Stadler
Dr. Rainer Stinner
Stephan Thomae
Manfred Todtenhausen
Dr. Florian Toncar
Serkan Tören
Johannes Vogel
(Lüdenscheid)
Dr. Daniel Volk
Dr. Guido Westerwelle
Dr. Claudia Winterstein
Dr. Volker Wissing
Hartfrid Wolff (Rems-Murr)
- Nein**
- CDU/CSU**
- Dorothee Bär
Dr. Peter Tauber
- SPD**
- Ingrid Arndt-Brauer
Rainer Arnold
Heinz-Joachim Barchmann
Doris Barnett
Klaus Barthel
Sören Bartol
Bärbel Bas
Sabine Bätzing-Lichtenthäler
Dirk Becker
Uwe Beckmeyer
Lothar Binding (Heidelberg)
- Gerd Bollmann
Willi Brase
Bernhard Brinkmann
(Hildesheim)
Edelgard Bulmann
Martin Burkert
Petra Crone
Dr. Peter Danckert
Martin Dörmann
Elvira Drobinski-Weiß
Sebastian Edathy
Ingo Egloff
Siegfried Ehrmann
Petra Ernstberger
Elke Ferner
Gabriele Fograscher
Dr. Edgar Franke
Dagmar Freitag
Michael Gerdes
Martin Gerster
Iris Gleicke
Günter Gloser
Angelika Graf (Rosenheim)
Kerstin Griese
Gabriele Groneberg
Michael Groß
Wolfgang Gunkel
Hans-Joachim Hacker
Bettina Hagedorn
Klaus Hagemann
Hubertus Heil (Peine)
Wolfgang Hellmich
Rolf Hempelmann
Gustav Herzog
Gabriele Hiller-Ohm
Petra Hinz (Essen)
Dr. Eva Högl
Christel Humme
Oliver Kaczmarek
Johannes Kahrs
Dr. h. c. Susanne Kastner
Ulrich Kelber
Lars Klingbeil
Dr. Bärbel Kofler
Daniela Kolbe (Leipzig)
Fritz Rudolf Körper
Anette Kramme
Angelika Krüger-Leißner
Ute Kumpf
Christine Lambrecht
Dr. Karl Lauterbach
Steffen-Claudio Lemme
Burkhard Lischka
Kirsten Lühmann
Caren Marks
Hilde Mattheis
Petra Merkel (Berlin)
Ullrich Meißner
Dr. Matthias Miersch
Franz Müntefering
Dr. Rolf Mützenich
Dietmar Nietan
Manfred Nink
Thomas Oppermann
Aydan Özoğuz
Heinz Paula
Johannes Pflug
Joachim Poß
- Dr. Wilhelm Priesmeier
Florian Pronold
Dr. Sascha Raabe
Mechthild Rawert
Stefan Rebmann
Gerold Reichenbach
Dr. Carola Reimann
Sönke Rix
René Röspel
Dr. Ernst Dieter Rossmann
Karin Roth (Esslingen)
Marlene Rupprecht
(Tuchenbach)
Annette Sawade
Bernd Scheelen
Marianne Schieder
(Schwandorf)
Ulla Schmidt (Aachen)
Carsten Schneider (Erfurt)
Swen Schulz (Spandau)
Ewald Schurer
Frank Schwabe
Dr. Martin Schwanholz
Rolf Schwanitz
Stefan Schwartz
Rita Schwarzelühr-Sutter
Dr. Carsten Sieling
Sonja Steffen
Peer Steinbrück
Dr. Frank-Walter Steinmeier
Christoph Strässer
Kerstin Tack
Franz Thönnies
Wolfgang Tiefensee
Rüdiger Veit
Ute Vogt
Dr. Marlies Volkmer
Andrea Wicklein
Dr. Dieter Wiefelspütz
Waltraud Wolff
(Wolmirstedt)
Uta Zapf
Dagmar Ziegler
Manfred Zöllmer
Brigitte Zypries
- FDP**
- Sebastian Blumenthal
Dr. h. c. Jürgen Koppelin
Frank Schäffler
Jimmy Schulz
- DIE LINKE**
- Jan van Aken
Agnes Alpers
Dr. Dietmar Bartsch
Herbert Behrens
Karin Binder
Matthias W. Birkwald
Heidrun Bluhm
Steffen Bockhahn
Eva Bulling-Schröter
Dr. Martina Bunge
Roland Claus
Dr. Diether Dehm
Heidrun Dittrich
Werner Dreibus
Dr. Dagmar Enkelmann
- Klaus Ernst
Wolfgang Gehrcke
Nicole Gohlke
Diana Golze
Annette Groth
Dr. Gregor Gysi
Heike Hänsel
Dr. Rosemarie Hein
Dr. Barbara Höll
Andrej Hunko
Ulla Jelpke
Dr. Lukrezia Jochimsen
Harald Koch
Jan Korte
Jutta Krellmann
Katrin Kunert
Caren Lay
Sabine Leidig
Ralph Lenkert
Ulla Lötzer
Dr. Gesine Lötzsche
Thomas Lutze
Dorothee Menzner
Niema Movassat
Thomas Nord
Petra Pau
Yvonne Ploetz
Paul Schäfer (Köln)
Michael Schlecht
Dr. Ilja Seifert
Kathrin Senger-Schäfer
Raju Sharma
Dr. Petra Sitte
Sabine Stüber
Alexander Süßmair
Dr. Kirsten Tackmann
Frank Tempel
Dr. Axel Troost
Kathrin Vogler
Johanna Voß
Halina Wawzyniak
Harald Weinberg
Katrin Werner
Jörn Wunderlich
- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
- Marieluise Beck (Bremen)
Volker Beck (Köln)
Cornelia Behm
Birgitt Bender
Agnes Brugger
Viola von Cramon-Taubadel
Ekin Deligöz
Katja Dörner
Harald Ebner
Hans-Josef Fell
Dr. Thomas Gambke
Kai Gehring
Britta Haßelmann
Bettina Herlitzius
Priska Hinz (Herborn)
Dr. Anton Hofreiter
Bärbel Höhn
Ingrid Hönlinger
Thilo Hoppe
Uwe Kekelitz
Susanne Kieckbusch
Sven-Christian Kindler
- (C)
- (D)

Präsident Dr. Norbert Lammert

(A) Maria Klein-Schmeink
Ute Koczy
Tom Koenigs
Sylvia Kotting-Uhl
Oliver Krischer
Renate Künast
Markus Kurth
Undine Kurth (Quedlinburg)
Monika Lazar
Dr. Tobias Lindner
Nicole Maisch
Jerzy Montag
Kerstin Müller (Köln)
Beate Müller-Gemmeke

Dr. Konstantin von Notz
Omid Nouripour
Friedrich Ostendorff
Dr. Hermann E. Ott
Brigitte Pothmer
Tabea Rößner
Krista Sager
Manuel Sarrazin
Elisabeth Scharfenberg
Dr. Gerhard Schick
Ulrich Schneider
Dorothea Steiner
Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn

Hans-Christian Ströbele
Dr. Harald Terpe
Markus Tressel
Daniela Wagner
Beate Walter-Rosenheimer
Arfst Wagner (Schleswig)
Wolfgang Wieland
Josef Philip Winkler

Enthalten**CDU/CSU**

Thomas Jarzombek
Dagmar G. Wöhrl

SPD

Hans-Ulrich Klose

**fraktionsloser
Abgeordneter**

Wolfgang Nešković

(C)

Nun hat die Frau Bundesministerin das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Arbeit und Soziales:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Gysi, kein einziges Ihrer Worte kann ich im Grundsatz unterschreiben. Aber in einem Punkt haben Sie recht: bei der von ihnen genannten Höhe der Stundenlöhne, die notwendig ist, um in Zukunft – im Jahr 2030, 2035, 2040 – eine Rente über Grundsicherungsniveau zu erreichen. Bei 35 Beitragsjahren benötigt man hierfür einen Stundenlohn von gut 13 Euro. Das ist Fakt; das ist richtig.

Die Konsequenzen, die wir daraus ziehen, sind aber völlig andere. Das Sinken des Rentenniveaus war wegen der demografischen Entwicklung nötig.

(B)

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Schon mal falsch!)

Ihr Vorschlag, das Rentenniveau zu steigern, bedeutet ja: Alle Renten gehen rauf, auch die mittleren und die hohen Renten.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Wir wollen auch den Lebensstandard sichern und nicht nur Altersarmut vermeiden!)

Ein Rentenniveau von 53 Prozent verursacht allein 2030 Zusatzlasten in Höhe von 40 Milliarden Euro für die junge Generation. Das ist typisch für Sie. Sie sagen: Nach mir die Sintflut; Hauptsache, ich habe meine Schäfchen im Trockenen. – Das können wir den jungen Leuten nicht zumuten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Das ist doch kompletter Unsinn! – Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: So ein Quatsch!)

Ich komme zur zweiten Lösung, die die Linke anbietet. Ich habe eben gehört und habe es mir aufgeschrieben, dass Sie gefordert haben: gleiche Rente für gleiche Lebensleistung. In Ihren Papieren steht aber: 900 Euro Rente für alle, ganz egal, ob man einen einzigen Tag gearbeitet hat oder 40 Jahre lang.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Nein, das steht da nicht drin! – Dr. Dagmar

Enkelmann [DIE LINKE]: Dann haben Sie den Antrag nicht gelesen!

Das ist Ihre Vorstellung von Leistung. Ich weiß, dass Ihnen Leistung schon immer suspekt gewesen ist; aber das ist nicht unsere Vorstellung. Leistung muss sich auch lohnen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Warum führen wir heute diese Debatte? – Wir führen heute diese Debatte, weil wir zurückblickend sagen müssen: Man muss den Leuten erklären, was am Schluss bei den notwendigen Reformen, die umgesetzt wurden, tatsächlich herauskommt. Vor mehr als zehn Jahren ist die Rente von Rot-Grün reformiert worden. Sie haben das Rentenniveau abgesenkt bzw. lassen es langsam sinken. Dies verbirgt sich hinter Worten wie „Nachhaltigkeitsfaktor“ und „Riester-Treppe“. Sie haben die private Vorsorge als freiwillige Säule der Altersvorsorge eingeführt. Sie haben der Versicherungswirtschaft das Produkt der Riester-Rente gegeben. Sie haben einige Jahre später die Hartz-Reformen umgesetzt und den Niedriglohnsektor ausgebaut. Auch das ist richtig; denn es ist besser, man hat Arbeit, als dass man arbeitslos ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Sie haben aber Folgendes nicht bedacht: Die Kombination der beiden Dinge, das Sinken des Niveaus der gesetzlichen Rente und der Ausbau des Niedriglohnsektors, führt, wenn wir nichts machen, dazu, dass Geringverdiener keine Chance haben, am Ende des Tages eine auskömmliche Rente über Grundsicherungsniveau zu erhalten.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Sie haben doch nichts gemacht! Wer regiert denn?)

Es bedurfte der schwarz-gelben Bundesregierung, um diese Gerechtigkeitslücke aufzudecken, und wir werden da etwas ändern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben doch nichts gemacht! – Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warme Worte! – Ulrich Kelber [SPD]: Talking is cheap!)

(D)

Bundesministerin Dr. Ursula von der Leyen

- (A) Das Interessante ist, dass außer der Linken alle – SPD, Grüne, Union, FDP – Modelle vorgelegt haben, die eine Ähnlichkeit aufweisen. Das zeigt, dass die Diagnose, die ich gerade gestellt habe, stimmt. Wenn Sie sich die Lebensleistungsrente anschauen,

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Welche Lebensleistungsrente?)

wenn Sie sich die Solidarrente anschauen, wenn Sie sich die Garantierente anschauen, dann erkennen Sie, dass die Konzepte in den Grundzügen übereinstimmen: Sie folgen dem Grundprinzip der Rente nach Mindestentgeltpunkten. Es geht in den Konzepten um ein Aufwerten der kleinen Renten langjähriger Beitragszahler, damit sie am Ende des Tages nicht zum Grundsicherungsamt gehen müssen – das Ganze steuerfinanziert und bis zu einem Niveau von maximal 30 Entgeltpunkten, was zurzeit knapp 850 Euro entspricht. Das steht in den drei Konzepten.

Im Detail der Zugangsmöglichkeiten liegt vor allem der Unterschied, und ich glaube, es lohnt sich, darüber zu diskutieren: Die Grünen fordern, schon nach 30 Versicherungsjahren Zugang zur Garantierente zu haben. Ist es wirklich Ihr Ernst, dass man nicht einmal 10 Jahre Beiträge als Erwerbstätiger zahlen muss, aber daraus bereits eine Garantierente für 10, 15, 20 oder 25 Jahre beziehen kann? – Ich glaube, Generationengerechtigkeit sieht anders aus.

- (B) (Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Bei der SPD ist es besser. Da sind 30 Beitragsjahre und 40 Versicherungsjahre gefordert. Aber die SPD verzichtet darauf, eine Einkommensprüfung durchzuführen. Das heißt: Sie stocken einem Vermögenden, der von seinen Zinsen im Alter sehr gut leben kann und sich außerdem eine kleine gesetzliche Rente erarbeitet hat, tatsächlich die Rente auf. Gleichzeitig nehmen Sie aber den Facharbeitern mehr Steuern ab, denn es soll ja steuerfinanziert sein. Auch das ist eine Mogelpackung, die man so nicht wirklich umsetzen kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Wir wollen die Lebensleistungsrente. Da gilt das gleiche Prinzip: Aufstockung bei Geringverdienern, die jahrzehntelang – wir legen 40 Beitragsjahre zugrunde – eingezahlt haben. Ja, die Lebensleistungsrente wird einem nicht geschenkt. Erst nach 40 Jahren Beitragszahlung findet eine Aufstockung der Rente durch die Lebensleistungsrente statt. Aber vor dem Hintergrund der Generationengerechtigkeit und der Tatsache, dass wir inzwischen eine sehr viel längere Lebenserwartung haben, dass die Babyboomer zahlreich in Rente gehen werden und dass unsere Kinder das alles finanzieren müssen, ist das meines Erachtens ausgewogen. Da ist Solidarität mit Generationengerechtigkeit, die eine verantwortungsvolle Reform berücksichtigen sollte, verknüpft.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms: (C)

Frau Kollegin von der Leyen, würden Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Birkwald von den Linken akzeptieren?

Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Arbeit und Soziales:

Ja.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Bitte schön.

Matthias W. Birkwald (DIE LINKE):

Vielen Dank, Herr Präsident. Vielen Dank, Frau Ministerin, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. Ich danke Ihnen auch dafür, dass Sie gerade mitgeteilt haben, dass die Konzepte von SPD und von den Grünen sowie auch das Ihrige sehr ähnlich sind. Es geht bei Ihnen allen um 850 Euro. Sie müssten aber dazusagen: brutto. Und das sind dann 764 Euro netto. Bei einer durchschnittlichen Grundsicherung im Alter von 707 Euro sind das noch nicht einmal 60 Euro mehr. Und für das, was Sie ganz zynisch Lebensleistungsrente nennen und die anderen Garantierente oder Solidarrente, sollen die Leute dann auch noch 30 Beitragsjahre und später 35, 40 oder 45 Versicherungsjahre vorweisen und obendrein auch noch privat vorsorgen, bevor sie sie bekommen. – Das sind alles Armutsrenten, egal wie sie heißen. Wir brauchen vielmehr eine Nettorenten, die oberhalb der Armutsrisikogrenze liegt, um Altersarmut zu verhindern.

Deswegen haben wir vorgeschlagen, mit 900 Euro einzusteigen und das auf 1 050 Euro zu steigern. Wie finden Sie diesen Vorschlag, um Armut wirklich bei allen zu verhindern und nicht im Alter die Menschen in würdige und unwürdige Alte aufzuspalten? (D)

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Arbeit und Soziales:

Sie haben übersehen, dass wir nach wie vor gemeinsam die Vorstellung haben, dass ein generationengerechtes, aber auch demografiefestes Rentensystem zwei Säulen hat. Das ist einerseits die umlagefinanzierte Rente und andererseits die private Vorsorge, zum Beispiel Betriebs- oder Riester-Renten.

Deshalb sagen wir: Es gibt in der Umlage die Lebensleistungsrente mit 30 Entgeltpunkten. Das sind zurzeit knapp 850 Euro. Dieser Betrag steigt, wenn die Renten insgesamt steigen. Zusätzlich kann man das, was man privat vorgesorgt hat – also zum Beispiel die Betriebsrente oder die Riester-Rente –, ohne Abschlag behalten, ohne dass es angerechnet wird. Das hebt die Rente über den Grenzbetrag der Grundsicherung. Und das bringt den Menschen, die lebenslang gearbeitet und ihren Beitrag geleistet haben, eine auskömmliche Rente.

Was ich an Ihrem Konzept nicht schätze, sind die 900 Euro für jeden, ganz egal, ob man sein Leben lang Balalaika vor der Friedenskirche gespielt oder aber 40 Jahre eingezahlt hat.

Bundesministerin Dr. Ursula von der Leyen

- (A) (Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Nicht für jeden! Wir wollen keine Grundrente! – Weitere Zurufe von der LINKEN)

Sie schalten alle Leute gleich.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Ist ja Quatsch! Lesen Sie den Antrag! Beschäftigen Sie sich damit!)

Das ist aber das Prinzip, das Sie immer verfolgen. Das kennen wir von Ihnen. Das lehnen wir aber ab.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Wir debattieren heute natürlich auch – das kam schon bei Herrn Gysi vor –, dass die Rente immer ein Spiegel des Erwerbslebens ist. Das ist richtig. Deshalb ist es auch gut, dass wir in dieser Legislaturperiode dafür gesorgt haben, dass es inzwischen zwölf branchenspezifische Mindestlöhne gibt, dass wir die Zeitarbeit reguliert und damit sozialer gemacht haben. Wir haben also genau die Arbeitsverhältnisse besser geregelt, bei denen man aufpassen muss, dass sie nicht prekär werden.

Ich möchte noch auf zwei Punkte eingehen, die mir wichtig sind. Diejenigen, die in dieser Situation der Rentenversicherung in Verbindung mit dem Niedriglohnsektor am stärksten in die Gerechtigkeitsfalle geraten, sind vor allem Frauen, die Kinder erzogen haben.

(Petra Hinz [Essen] [SPD]: Dann tun Sie was dafür! Tun Sie etwas für die Frauen!)

- (B) Deshalb sieht unser Konzept die Variante vor:

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Welches Konzept? Es gibt kein Konzept!)

Wenn Kindererziehungszeiten oder Pflegezeiten vorgelesen werden können, dann wird nicht um 50 Prozent, sondern um 150 Prozent aufgewertet.

(Petra Hinz [Essen] [SPD]: Was sagt denn die Familienministerin zu dem Konzept?)

Das betrifft genau die Frauen, deren Kinder in der Vergangenheit Teilzeitschulen und Teilzeitkindergärten besucht haben. Der Rest der Welt hat ja Ganztagschulen und Ganztagskindergärten,

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

in Deutschland gab es vor allem Teilzeit. Ich stimme Ihnen allerdings zu, wenn Sie sagen: Das sind die Frauen, die durch das Recht auf Teilzeit überhaupt eine Chance erhalten haben, am Erwerbsleben teilzunehmen.

Mit Blick auf die Zukunft müssen wir dafür sorgen, dass es im Erwerbsleben auch das Rückkehrrecht in Vollzeitbeschäftigung gibt.

(Beifall der Abg. Ingrid Fischbach [CDU/CSU])

Im Bereich Teilzeit ist es oft so: einmal Teilzeit, immer Teilzeit, Sackgasse, Abstellgleis, die Frauen kommen da nicht mehr raus. Deshalb möchte ich den Vorschlag un-

terbreiten, das Rückkehrrecht auf Vollzeitbeschäftigung im Teilzeitrecht einzuführen. (C)

(Ulrich Kelber [SPD]: Ist das schon wieder so? Immer Vorschläge! Dann kommt nie etwas aus der Koalition! – Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was sagt die Koalition dazu? Ist das wieder so ein Vorschlag, den niemand mag?)

Arbeitgeber und Beschäftigte sollen, wenn sie Teilzeit verabreden, gleichzeitig planen, wann wieder eine Vollzeitbeschäftigung aufgenommen werden kann, wann der Weg zurück in die Vollzeitbeschäftigung möglich ist.

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], an den Abg. Dr. Heinrich L. Kolb [FDP] gewandt: Was sagen Sie dazu, Herr Kolb? Finden Sie das richtig?)

Das lohnt sich für beide Seiten. Das sorgt für Planungssicherheit und Verlässlichkeit. Vor allem erhalten die Frauen die Chance, auch in Teilzeitarbeit in die Karriere zu investieren.

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ankündigungsministerin! – Ulrich Kelber [SPD]: Sie machen Frau Aigner Konkurrenz!)

Dadurch könnte Teilzeit auch für Männer interessanter werden. Daran wollen wir arbeiten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP) (D)

Mein zweiter und letzter Punkt: Mindestlöhne. Die entsprechende Debatte dazu findet heute im Bundesrat statt. Die Einführung eines Mindestlohns ist meiner Meinung nach notwendig, aber er wird das Problem bei der Rente nicht lösen.

(Peter Weiß [Emmendingen] [CDU/CSU]: Das ist richtig!)

Ein Mindestlohn von 8,50 Euro – das ist der Vorschlag von SPD und Grünen – wird das Problem nicht lösen. Auch ein Mindestlohn von 10 Euro – der Vorschlag der Linken – wird das Problem nicht lösen. Es ist gut, dass die Arbeitslosenquote so gering ist, es ist gut, dass wir Rekordbeschäftigung haben. Auch der Mindestlohn hilft, aber er wird das Problem bei der Rente nicht lösen.

(Petra Hinz [Essen] [SPD]: Und die Lohnuntergrenze auch nicht!)

Trotzdem bin ich der Meinung, dass wir einen Mindestlohn brauchen.

Nach unserer Auffassung sollten wir eine Kommission einsetzen,

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Unser Vorschlag! – Ulrich Kelber [SPD]: Wer ist „wir“, Frau von der Leyen? Sie reden hier für die Bundesregierung! Die hat keine Meinung dazu!)

Bundesministerin Dr. Ursula von der Leyen

- (A) in der Arbeitgeber und Gewerkschaften einen Mindestlohn aushandeln, und zwar ohne Vorgaben. Sie wollen Tarifautonomie, aber gleichzeitig sagen Sie den Tarifpartnern: Wir trauen euch nicht zu, dass ihr das schafft, deshalb führen wir einen Mindestlohn von 8,50 Euro oder einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn ein. Wenn Sie daran festhalten, sind wir nicht bei Ihnen.

Wir sind der Meinung, Tarifautonomie ist ein kostbares Gut. Wir wollen Arbeitgeber und Gewerkschaften in die Lage versetzen, einen Mindestlohn auszuhandeln.

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo ist denn der Gesetzentwurf? – Ulrich Kelber [SPD]: Wo ist denn der Gesetzentwurf? Legen Sie den Gesetzentwurf endlich einmal vor! Alles eine Nullnummer!)

Wir wollen deshalb eine Kommission, die den Mindestlohn aushandelt. Das ist unser Vorschlag. Damit wollen wir uns durchsetzen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Zu einer Kurzintervention erteile ich das Wort dem Kollegen Matthias Birkwald von der Fraktion Die Linke.

(Zurufe von Abgeordneten der CDU/CSU)

Matthias W. Birkwald (DIE LINKE):

- (B) Frau Ministerin von der Leyen, Sie haben eben wiederholt falsche Informationen über die Position der Linken gegeben. Deswegen möchte ich Ihnen hier klar und deutlich sagen: Die Linke ist gegen eine Grundrente, und die Linke ist auch gegen eine Einheitsrente.

(Max Straubinger [CDU/CSU]: Aber Ihre Vorschläge sind so!)

Wir haben nicht gefordert, jedem oder jeder eine Mindestrente in einer bestimmten Höhe zu zahlen.

Unser Konzept einer Mindestrente sorgt dafür, dass niemand in Armut fällt. Wir wollen vor allen Dingen die Sicherung des Lebensstandards durch die Rente wiederherstellen. Das heißt, wir wollen gute Arbeit, gute Löhne, die dann für eine gute Rente sorgen. Das bedeutet, wir wünschen uns eine Gesellschaft, in der möglichst niemand auf eine solidarische Mindestrente – oder wie immer man das nennen will – angewiesen ist. Diejenigen, die darauf angewiesen sind, sollten nur einen möglichst kleinen Zuschlag benötigen; denn wir wollen, dass sich alle Menschen mit ihrer eigenen Hände oder Köpfe Arbeit einen Rentenanspruch im Äquivalenzsystem „gesetzliche Rentenversicherung“ erarbeiten können.

Lassen Sie mich deshalb deutlich sagen: Unser Konzept für eine solidarische Mindestrente ist einkommens- und vermögensgeprüft. Es geht darum, dass niemand im Alter in Armut leben muss. Alle anderen Konzepte, die auf dem Tisch liegen, lassen die Menschen in der Armut. Sie spalten die Gruppe der Alten in diejenigen, die eingezahlt haben und 10 oder 15 Euro über dem Niveau der

jetzt sogenannten Grundsicherung im Alter liegen, und in diejenigen, die noch nicht einmal das bekommen. Wir möchten, dass Art. 1 des Grundgesetzes: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“, in unserem Land auch für die Menschen über 65 gilt.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Wollen Sie antworten?

Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Arbeit und Soziales:

Gerne. Ganz kurz.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Bitte schön, Frau von der Leyen.

Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Arbeit und Soziales:

Herr Birkwald, das, was Sie gerade vorgetragen haben, ist entlarvend. Zuerst haben Sie gesagt: Bei uns gibt es Differenzierungen und man erhält nicht ohne Vorleistungen 900 Euro. Aber dann wurden Ihre Äußerungen total schwammig. Ich habe nichts von Versicherungsjahren gehört. Ich habe auch nichts von Beitragsjahren gehört. Ich habe nichts von einem Deckel gehört.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Alles!)

Ich habe nur gehört: Wir wollen, dass im Prinzip alle im Alter eine Rente erhalten. Genau das ist unser Vorwurf, nämlich dass Sie eine Rente für alle unabhängig von der Vorleistung versprechen.

(Max Straubinger [CDU/CSU]: So ist es! – Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Dann müssen Sie lesen und hören!)

Finanzieren kann man das sowieso nicht. Sie müssten dann den Jungen sagen, dass sie das alles zusammentragen sollen. Unser Vorwurf an Sie lautet also, dass Sie das nebulös in den Raum stellen, aber nicht konkret werden, nicht einmal in einer Kurzintervention. Damit kommen Sie nicht durch.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. Barbara Höll [DIE LINKE]: Das steht alles drin! – Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Da sollten Sie einmal besser zuhören!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Jetzt hat die Kollegin Petra Hinz von der SPD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Petra Hinz (Essen) (SPD):

Guten Morgen, Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau von der Leyen, Sie sprachen von „aufdecken“, davon, uns einen Spiegel vorzuhalten, und sagten, wir sollten tun. Was meinen Sie damit? Sie sind doch in der Regierung und kein anderer. Sie haben drei-

Petra Hinz (Essen)

- (A) einhalb Jahre lang nichts getan. – Doch, Sie haben etwas getan: Sie haben angekündigt. Erinnern wir uns an den Armuts- und Reichtumsbericht. Was haben wir gelernt? Der Armuts- und Reichtumsbericht ist nicht verändert, manipuliert worden, nein, er hat eine redaktionelle Ergänzung aus einem anderen Ressort erfahren. Ich muss Ihnen schon sagen: Mehr als anzukündigen und aufzudecken haben Sie in der Tat nicht getan. Da Sie den Menschen einen Spiegel vorhalten wollten, wollen auch wir Ihnen einen Spiegel vorhalten: Diese Regierungsleistung, das, was Sie hier auf den Tisch gelegt haben, war mehr als ungenügend.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich möchte zur Frage des Mindestlohns Folgendes deutlich sagen: Reden Sie doch einmal über das, was Sie möchten. Sie möchten eine Lohnuntergrenze; das ist etwas ganz anderes. Wir wollen einen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro haben.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Der Mindest-Mindestlohn!)

Darüber wird heute zeitgleich im Bundesrat beraten.

Also, liebe Frau von der Leyen: Reden Sie nicht! Handeln Sie! Sie hatten die Zeit. Sie haben die Chance vertan. Sie haben nichts getan, weder für die Frauen noch für die jetzige Rentnergeneration noch für die zukünftigen Rentnergenerationen.

- (B) Wie haben Sie sich am Arbeitsmarkt verhalten? Sie haben nichts getan, damit Menschen eine Chance erhalten, auf den Arbeitsmarkt zurückzukehren. Im Gegenteil: Sie haben die Gelder für entsprechende Maßnahmen gekürzt, und zwar ganz massiv, um 40 Milliarden Euro. Das sind die Dinge, die Sie auf den Weg gebracht haben.

Es geht heute aber auch um die Forderung der Linken, die Risiken der Riester-Rente offenzulegen, bzw. den Antrag der Linken mit dem Titel „Riester-Förderung in die gesetzliche Rente überführen“. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen von den Linken, ich denke, Sie können uns nicht absprechen, dass wir genau wie Sie möchten, dass jeder sein Lebensmodell leben kann, dass jeder ein auskömmliches Gehalt bzw. einen auskömmlichen Lohn bekommt und dass jeder im Alter von seiner Rente leben kann.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Das Gegenteil davon haben Sie gemacht!)

Ich bitte Sie, endlich einmal davon Abstand zu nehmen, hier etwas aufzubauschen, was nicht stimmt.

Ich möchte das an einem Beispiel deutlich machen: Wir fordern einen Mindestlohn von 8,50 Euro. Was sagen Sie jetzt? Mindestens 10 Euro! In Ihrem Antrag steht, dass das Rentenniveau auf 73 Prozent festgeschrieben werden muss.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: 53 Prozent!)

– Entschuldigung, 53 Prozent. – Meine Frage lautet: Warum nicht 55 Prozent? Warum nicht 60 Prozent? (C)

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Das kann ich Ihnen erklären!)

Wir zum Beispiel sagen in unserem Rentenkonzept: Mindestens 50 Prozent, und da soll gedeckelt werden; da wollen wir hin. Warum fordern Sie jetzt 53 Prozent?

(Zuruf des Abg. Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Weil 53 Prozent das Niveau waren, als Sie angefangen haben, das mit Riester abzusenken!)

Ist diese Strategie nicht ein bisschen durchsichtig?

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Aber deutlich mehr, als Sie wollen!)

Zum Thema Riester. Sie fordern, dass diese Förderung in die gesetzliche Altersvorsorge zurück überführt wird. Ich möchte die Rechnung, die Sie hier immer verschweigen, weil Sie hier zwar viele Dinge ansprechen, aber nicht konkret werden, einmal aufmachen: Wir hatten – das belegen die offiziellen Statistiken – Mitte 2012 rund 20,6 Millionen Rentner

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Das stimmt!)

und 34 Millionen Erwerbstätige, die dementsprechend in die Rentenkasse eingezahlt haben.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Nur sozialversicherungspflichtig Beschäftigte zahlen ein!)

Rechnen wir das einmal durch – ein Schreiben dazu haben wir vom Staatssekretär erhalten –: Bei den Riester-Verträgen sind im Augenblick maximal 2 100 Euro anrechenbar, die also jetzt angespart werden. Rechnet man die steuerliche Förderung bzw. die, wie wir sie nennen, Steuermindereinnahmen – rund 600 Millionen Euro – auf jeden einzelnen Rentner um, so macht das für jeden 30 Euro im Jahr aus. Das sind im Monat 2,50 Euro. Dafür hat Herr Gysi hier gerade so einen langen Bericht abgegeben! 2,50 Euro sind sicherlich viel Geld für eine Rentnerin oder einen Rentner, die bzw. der mit 500 Euro auskommen muss. Aber nennen Sie doch einmal die tatsächlichen Nettozahlen, was unterm Strich jeder einzelne Punkt, den Sie fordern, für die Rentnerin oder den Rentner ausmacht!

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Machen Sie das doch einmal bei Riester!)

Aber die Steuervorteile für die jungen Familien, für die, bei denen Kinderzuschläge und all das zu berücksichtigen sind, nennen Sie nicht. Denn das wollen Sie letzten Endes aufgeben. Sagen Sie den jungen Familien, was Sie ihnen unterm Strich an Leistungen streichen wollen! Alles andere ist de facto unehrlich.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: 16 Milliarden Euro aus dem Bundeshaushalt! – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: 16 Milliarden Euro Bundeszuschuss!)

(D)

Petra Hinz (Essen)

- (A) Ich wiederhole es: Die Förderleistung im Rahmen von Steuermindereinnahmen beträgt nach dem Schreiben des Finanzministeriums 600 Millionen Euro. Dies macht pro Rentner aufs Jahr umgerechnet 30 Euro bzw. 2,50 Euro im Monat aus. Darüber reden wir.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Nein, wir reden über 16 Milliarden Euro!)

Wir können darüber reden – da gebe ich Ihnen recht –, dass die Koalition sich bei der Nachbesserung im Rahmen des Altersvorsorgegesetzes leider ausschließlich auf die Rürup-Rente, den Wohn-Riester und dergleichen konzentriert und es versäumt hat, die Riester-Rente stärker zu fördern. Davon wären nämlich zwischen 15 und 16 Millionen Verträge betroffen gewesen.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Verträge, nicht Personen!)

– Das habe ich gesagt. – Durch eine solche Verstärkung der Förderung hätten wir die dritte Säule, das dritte Standbein der Altersvorsorge stützen können.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Und was ist mit denen, die nicht riestern?)

Ich gebe Ihnen aber recht: Zu einem schlüssigen Rentenkonzept gehört wesentlich mehr, und zwar auch die Bekämpfung der Armut von Erwerbstätigen, also im Umkehrschluss faire und gerechte Löhne.

(Beifall bei der SPD – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Richtig!)

- (B) Wenn wir uns darum bemühen, sollten Sie aber nicht – was Sie immer wieder tun – populistisch Halbwahrheiten aussprechen. Wenn wir hier einen großen Konsens bekommen können – flächendeckender Mindestlohn von 8,50 Euro –: Warum stimmen Sie dem nicht zu? Warum wollen Sie dann noch eine Kelle drauflegen und fordern 10 Euro?

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Sie wissen doch noch gar nicht, ob wir da zustimmen!)

Angenommen, wir sagen: 10 Euro. Dann sagen Sie schlussendlich: 11 Euro.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Das ist genau das Spiel, Frau Kollegin Hinz! So wollen die das spielen!)

Das ist Ihre Strategie. Seien wir doch einmal ehrlich!

(Jens Ackermann [FDP]: 15 Euro! – Weiterer Zuruf von der FDP: 15,70 Euro!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Frau Kollegin Hinz, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Ernst von der Linken?

(Jens Ackermann [FDP]: 15 Euro und einen Porsche für jeden!)

Petra Hinz (Essen) (SPD):
Ja, gerne.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Bitte schön, Herr Ernst.

Klaus Ernst (DIE LINKE):

Frau Kollegin, danke, dass Sie die Zwischenfrage und die Bemerkung zulassen.

Sind Sie erstens bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass die 10 Euro, die wir fordern, im Gegensatz zu den 8,50 Euro, die Sie fordern, dazu führen würden, dass die Rente, die ein zu diesem Stundenlohn Beschäftigter bis an sein Lebensende kriegt, tatsächlich über dem Niveau der Grundsicherung liegen würde? Bei Ihrem Konzept würde sie darunter liegen.

Sind Sie zweitens bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass wir schon einmal ein Rentensicherungsniveau von 53 Prozent hatten – Sie haben ja gefragt, woher unsere 53 Prozent kommen – und dass diese 53 Prozent insbesondere durch die Maßnahmen der rot-grünen Regierung drastisch abgesenkt wurden, was bis zum Jahr 2030 letztendlich zu einer Kürzung um 10 Prozent führen könnte? Sind Sie deshalb auch bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass wir, wenn wir ein Rentensicherungsniveau von 53 Prozent in die Welt setzen, damit eigentlich nur wieder auf das alte Niveau zurückgehen, das unter einer früheren Regierung, unter Blüm, einmal üblich war?

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Sozusagen eine Mindestforderung!)

Petra Hinz (Essen) (SPD):

Danke, Herr Ernst, für Ihre Frage bzw. Ihren Kommentar.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]:
Danke für Ihre Aufklärung!)

Ich nähme gerne zur Kenntnis, dass ich recht habe. Wenn wir hier gemeinsam einen flächendeckenden Mindestlohn von mindestens – ich sage: mindestens – 8,50 Euro beschließen würden, dann würden wir gemeinsam etwas auf den Weg bringen. Ihre permanente Verhinderungstaktik,

(Widerspruch bei der LINKEN – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Sie haben doch hier im Bundestag dagegen gestimmt! – Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Wie bitte? Sie haben doch immer dagegen gestimmt! Sie haben abgelehnt!)

immer etwas mehr zu fordern, statt einen Konsens für die Menschen, für die Rentnerinnen und Rentner und für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, zu finden, nehme ich zur Kenntnis. Mögen Sie zur Kenntnis nehmen, dass wir Sie einladen, unser Rentenkonzept mit auf den Weg zu bringen, um etwas für die Menschen draußen zu tun!

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Darüber können wir verhandeln!)

(C)

(D)

(A) **Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**
Würden Sie auch eine Zwischenfrage der Kollegin Golze entgegennehmen?

Petra Hinz (Essen) (SPD):
Ja, gerne. Natürlich.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:
Bitte schön.

(Jens Ackermann [FDP]: Kann man die Zwischenfragen vielleicht zusammenfassen?)

– Ich sage aber: Das war jetzt auch die letzte Zwischenfrage, die ich zulasse.

Diana Golze (DIE LINKE):

Vielen Dank, Herr Präsident, dass Sie die Zwischenfrage zulassen, und vielen Dank, Frau Kollegin, dass auch Sie dies tun. – Ich möchte Sie einfach nur fragen, ob Sie bereit sind, zur Kenntnis zu nehmen, dass es gerade heute im Bundesrat eine Abstimmung über einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn gibt, dem auch das Bundesland Brandenburg – bekanntlich regiert von SPD und Linken – zustimmen wird, weil wir natürlich einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn gemeinsam durchsetzen wollen. Aber wir wollen eben nicht bei 8,50 Euro aufhören, sondern sagen gleich, in welche Richtung es gehen soll.

Natürlich ist die Linke für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn, und dies nicht erst seit heute, wie mein Kollege Gysi vorhin bereits ausgeführt hat.

(B)

(Beifall bei der LINKEN)

Petra Hinz (Essen) (SPD):

Vielen Dank. Auch ich habe hier gerade bereits deutlich gemacht, dass zeitgleich im Bundesrat das Thema „flächendeckender Mindestlohn“ beraten wird. Insofern habe ich es zur Kenntnis genommen. Ich nehme es gerne noch einmal zur Kenntnis. Ferner nehme ich gerne zur Kenntnis, dass Sie in der Koalition in Brandenburg unserem Vorschlag im Bundesrat zustimmen werden, dass wir also die Einführung eines gemeinsamen flächendeckenden Mindestlohns beschließen werden. Wenn ich es heute Morgen richtig verstanden habe, soll eine Kommission eingesetzt werden,

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Das steht auch in unseren Anträgen lange drin!)

die den Betrag entsprechend festlegt. Ich habe das alles zur Kenntnis genommen.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Ist ja gut, dass Sie das endlich zur Kenntnis nehmen!)

Ich freue mich, dass Sie mir die Gelegenheit geben, hier noch einmal zu sagen, dass wir heute aufgrund der Mehrheit der sozialdemokratisch geführten Länder in unterschiedlichen Koalitionen die Chance haben, im Bundesrat die Einführung eines Mindestlohns gemeinsam zu beschließen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Hätten wir schon längst haben können, wenn Sie nicht blockiert hätten!)

(C)

Insofern ganz herzlichen Dank für Ihre Zwischenfrage. Ich habe es zur Kenntnis genommen.

Zur Sicherung des Auskommens im Alter gehört wesentlich mehr. Das beginnt bereits bei der Bildung und geht weiter bei der Ausbildung. Danach muss man auch einen Arbeitsvertrag bekommen, nicht nur permanent befristete Verträge, nicht nur Praktikastellen, sondern tatsächlich vernünftige Arbeitsverhältnisse.

Ich fand es bezeichnend, dass Herr Blüm Familienministerin Schröder in einer Talkshow am Sonntag ein „ungenügend“ in ihr Zeugnis, um einmal in dieser Sprache zu bleiben, geschrieben hat. Er hat ganz klar gesagt, dass diese Regierung nichts getan hat. Sie hat weder das Problem der befristeten Verträge gelöst, noch ist sie das Thema der Praktika angegangen noch das Thema Frauenförderung, und noch hat sie dafür gesorgt, dass für gleiche Arbeit gleich viel Geld gezahlt wird. Dies alles hat Norbert Blüm in dieser Sendung gesagt. Wer ist in der Verantwortung? Sie sind in der Verantwortung.

(Jens Ackermann [FDP]: Sie gucken zu viel Fernsehen!)

Damit hat er Ihnen ganz klar gesagt, dass Sie eine fehlgeleitete Politik machen.

Wir stehen für eine Solidarrente.

(Zuruf von der FDP: Und für Steuern!)

(D)

Wir stehen dafür, dass die Brücke ins Rentenalter ausgebaut werden soll. Auch die Frage des Rentenniveaus und die Frage der Beitragsentwicklung sind wir in unserem Rentenkonzept angegangen. Seien wir doch einmal ehrlich. Was hat die Bundesregierung zuletzt gemacht? Sie hat den Beitrag von 19,6 auf 18,9 Prozent gesenkt.

(Jens Ackermann [FDP]: Bravo!)

Das ist zwar kurzfristig wunderbar – jeder Arbeitnehmer freut sich darüber –, aber langfristig ist das für unsere Rentenkassen eine absolut fehlgeleitete Politik.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich kann Ihnen nur sagen, Frau von der Leyen: Alles, was Sie bisher auf den Weg gebracht haben, waren Ankündigungen. Ihre eigenen Kabinettskollegen haben alle Maßnahmen wieder eingestampft. Von der Quote ist nur noch eine Flexiquote übrig geblieben. Von den geplanten Maßnahmen zur besseren Teilhabe von Frauen ist gar nichts übrig geblieben, weil Sie, die Kanzlerin und die Familienministerin keinen Konsens finden konnten.

Ich kann Ihnen nur sagen: Wir sind froh, wenn der 22. September kommt. Dann wird diese Regierung abgewählt, und wir können für die Menschen die richtigen Alternativen auf den Weg bringen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

(A) Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Für die FDP-Fraktion spricht jetzt der Kollege Dr. Heinrich Kolb.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Heinrich L. Kolb (FDP):

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Hinz, was den 22. September angeht, fällt mir ein altes Sprichwort ein: Hoffen und Harren hält manchen zum Narren.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Das müssen Sie gerade sagen!)

Wir sollten einmal abwarten, wie die Ergebnisse nach dem Wahlkampf wirklich aussehen. Ich glaube, es wird für die rechte Seite des Hauses besser sein, als Sie im Moment zu erwarten bereit sind.

Gregor Gysis rentenpolitischer Gemischtwarenladen hat heute Morgen wieder geöffnet, und eine ganze Reihe von Lockvogelangeboten liegen im Schaufenster. Das Unternehmen ist übrigens mit ungedeckten Schecks finanziert.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Das stimmt nicht!)

Das muss man dazusagen. Man muss sich überlegen, wie man damit umgeht. Man kann es komplett ignorieren und die Gelegenheit nutzen, zu anderen Themen etwas zu sagen – das habe ich jetzt ein paarmal so gemacht –, oder man kann wirklich versuchen, das einmal Punkt für Punkt durchzugehen. Das will ich gleich einmal tun.

(B)

Eine Vorbemerkung möchte ich machen, weil hier heute Morgen immer wieder andere renten- und sozialpolitische Baustellen angesprochen werden. Wir hatten gestern schon eine Aktuelle Stunde zum Mindestlohn. Mir fällt bei den Kollegen der Opposition eines auf: Sie versteigen sich hier mehr und mehr zu einem Mindest-Mindestlohn. Das Ganze soll ja unpolitisch stattfinden. Eine Kommission soll die richtige Höhe festlegen, aber mindestens die oder die Zahl soll dabei herauskommen. Dazu kann ich nur sagen: Unpolitische Lohnfestlegung sieht anders aus. Aus gutem Grund ist die Mehrheit in diesem Hause der Meinung, dass Tariffindung eine Aufgabe der Tarifpartner ist und die Politik ihre Finger aus diesem Spiel heraushalten soll.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Das sehen die Gewerkschaften ganz anders!)

In Gregor Gysis Rentenladen lässt vielfach das Schlaffenland grüßen. Sie sind ja Meister darin, immer wieder die gleichen Forderungen vorzutragen; Sie sind auch durch nichts von falschen Grundannahmen abzubringen. Trotzdem will ich es heute noch einmal versuchen.

Sie sagen zum Beispiel, das Rentenniveau sinke dramatisch durch falsche politische Entscheidungen. Da kann ich nur sagen: Offensichtlich hat die Fraktion der Linken eine Version des Alterssicherungsberichtes be-

kommen, in dem die Seite 175 fehlt. Auf der kann man nämlich übersichtlich nachlesen, dass wir im Jahr 2020 mit einem durchschnittlichen Gesamtversorgungsniveau von 70,7 Prozent netto rechnen können,

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Was? Sagen Sie bitte „Sicherungssysteme vor Steuer“! Sonst führen Sie die Leute in die Irre!)

2030 sogar mit einem Gesamtversorgungsniveau von 72,8 Prozent.

Ganz wichtig für Sie – manche im Haus sind ja nicht bereit, das zur Kenntnis zu nehmen –: Der Nachhaltigkeitsfaktor wirkt nur dann und nur in dem Maße negativ auf das Rentenniveau, wenn und wie die Zahl der Rentner schneller wächst als die der Beitragszahler. Dem sind wir allerdings auch nicht ohne Gegenwehr ausgeliefert. Vielmehr haben wir es doch selbst in der Hand, welche Seite sich am Ende besser entwickelt.

(Peter Weiß [Emmendingen] [CDU/CSU]: So ist es!)

Davon hängt also das zukünftige Rentenniveau ab. Wir sind auf diesem Gebiet nachgewiesenermaßen erfolgreich; das möchte ich hier deutlich festhalten.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Das Rentenniveau sinkt von Jahr zu Jahr!)

Die Beschäftigung hat im vergangenen Jahr mit 41,1 Millionen Personen ein Rekordniveau erreicht und liegt auf dem höchsten Stand seit der Wiedervereinigung. Die neu geschaffenen Arbeitsverhältnisse sind fast ausschließlich sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse und sind zum größten Teil im Vollzeitbereich entstanden.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Das stimmt nicht! Die Löhne sind oft viel zu niedrig!)

Auch dies möchte ich hier einmal sagen, um mit der Mär aufzuräumen, es gebe in Deutschland nur noch prekäre Beschäftigung und alle Arbeitsplätze, die neu entstünden, seien inakzeptabel. Das Gegenteil ist der Fall. Diese Regierung hat diesen Erfolg auf ihrem Konto zu verbuchen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Petra Hinz [Essen] [SPD]: In keinster Weise! – Bettina Hagedorn [SPD]: Da können Sie wirklich nichts für!)

Wenn die Regierung so weitermacht wie bisher und künftig auch mehr Arbeitnehmer mehr Beiträge einbezahlen, dann ist dies ein Weg, um im Jahr 2030 ein höheres Rentenniveau zu erreichen, als man bisher erwarten konnte.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Aber nicht lebensstandardsichernd!)

Wir sind im Moment auch deutlich besser unterwegs, als dies frühere Regierungen prognostiziert hatten.

(C)**(D)**

Dr. Heinrich L. Kolb

- (A) Als weiteren Punkt hat Gregor Gysi angesprochen, dass die Riester-Förderung verfehlt sei und an die falschen Menschen gehe. Deswegen kommt er zu dem Ergebnis, dass man die Riester-Förderung einstellen müsse. Das ist der Weg zurück in die rentenpolitische Steinzeit, Herr Kollege Gysi.

(Zurufe von der LINKEN)

Sie behaupten also, die Riester-Rente sei ein Flop. Ausweislich der Zahlen des Alterssicherungsberichtes 2012 kann man feststellen, dass inzwischen mehr als 70 Prozent aller Arbeitnehmer einen zusätzlichen Anspruch aus einer betrieblichen oder einer Riester-Rente besitzen. Es gibt 9,6 Millionen Riester-Verträge, 15,6 Millionen Betriebsanwartschaften. Aber – jetzt kommt es, Herr Gysi – 27 Prozent der Zulagenempfänger – das sind 2,5 Millionen Menschen in diesem Lande – bekommen die staatliche Zulage für ein Jahreseinkommen von unter 10 000 Euro.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Sagen Sie einmal, wie viele nicht riestern!)

Weitere 20,3 Prozent bekommen die Zulage für ein Jahreseinkommen von unter 20 000 Euro, weitere 19,3 Prozent für ein Jahreseinkommen von unter 30 000 Euro. Da sind wir immer noch nicht in Bereichen, die Sie vielleicht als Höchstverdiener bezeichnen würden.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Was kommt hinten heraus bei Riester?)

- (B) Aber das heißt im Klartext: Mehr als zwei Drittel der staatlichen Zulagen in diesem Bereich gehen an Menschen mit einem Jahreseinkommen von unter 30 000 Euro. Das nenne ich im Unterschied zu Ihnen, Herr Kollege Gysi, zielgenau und fair. Genau dies ist auch der Grund dafür, dass wir an dieser Art der Förderung in Zukunft festhalten wollen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Sie sagen nicht, was hinten herauskommt bei denen!)

– Jetzt zur Frage, was hinten herauskommt.

Das Problem bleibt – dafür haben Sie ja ein Beispiel gebracht, Herr Gysi –: Erworbene private und betriebliche Zusatzansprüche werden bei der Grundsicherung gnadenlos angerechnet und dann eben auch weggenommen. Gerade Geringverdiener sind nicht schlecht im Rechnen. Das unterstelle ich hier ausdrücklich, und dies ist auch richtig so. Sie wissen genau, dass sie im Falle der Grundsicherung am Ende keinen Euro mehr bekommen werden. Das ist ein rot-grüner Webfehler gewesen.

(Petra Hinz [Essen] [SPD]: Das hätten Sie ändern können! Warum haben Sie das nicht im Gesetz gemacht? – Bettina Hagedorn [SPD]: Drei Jahre Zeit!)

Das ist auch genau der Grund dafür, warum wir als FDP ein Freibetragsmodell vorschlagen. Danach sollen mindestens 100 Euro als Sockel nicht angerechnet werden, darüber hinaus sollen weitere 20 Prozent anrechnungsfrei bleiben. Das ist ein Signal, das gerade an junge

Menschen in unserem Lande gegeben werden muss, und das ist etwas, wofür wir in dieser Koalition eintreten. (C)

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Bettina Hagedorn [SPD]: Machen Sie doch einmal ein Gesetz!)

Ich will zum Schluss noch sagen und damit vielleicht doch noch ein bisschen werben: Uns treibt die Frage um, wie wir in der Rentenpolitik die Flexibilisierung des Übergangs vom Erwerbsleben in den Ruhestand besser gestalten können. Das ist unsere Antwort auf die Rente mit 67, die Sie ja auch ablehnen. Ich glaube, es ist ein lohnenswertes Ziel, dass Menschen, die sich oberhalb der Grundsicherung befinden, ab einem Alter von 60 Jahren frei entscheiden und frei wählen können, in welchem Umfang sie noch erwerbstätig sein wollen. Dann soll ihnen der Staat auch nicht mehr vorschreiben, ob und was sie zuverdienen können. Das wird eine wichtige Entscheidung der Zukunft sein, die ich ganz am Schluss noch aus dem Potpourri der Themen herausgreifen will.

Denken Sie einmal darüber nach, wie man es schaffen kann, dass Menschen möglichst lange am Erwerbsleben teilhaben, aber auf der Basis ihrer eigenen freien Entscheidung! Das ist es, was wir erreichen müssen. Denn das Beste, was man den Menschen empfehlen kann, ist, möglichst lange dabeizubleiben und nicht möglichst früh in Rente zu gehen.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms: (D)

Jetzt hat das Wort der Kollege Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn vom Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren heute über neun Anträge der Fraktion Die Linke zur Rente. Ich will gerne konstatieren, dass Ihre Problembeschreibung zu einem großen Teil richtig ist, die Maßnahmen, die Sie vorschlagen, sind es allerdings nur teilweise. Deswegen werden wir Ihre Anträge zum Teil ablehnen, zum Teil aber auch nicht.

Viel spannender ist aber, was die Bundesregierung bisher zum Thema Rente vorgelegt hat, nämlich

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Nichts!)

nichts – gar nichts, überhaupt nichts, nada, rien, nothing.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN)

Seit drei Jahren stellen Sie die Regierung. Aber zum Thema Rente hört man von Ihnen nur Ankündigungen. Das war auch heute wieder der Fall. Sie sagen, Sie wollen die Armen, die Alten, die Kinder und wen sonst noch alles retten. Aber nichts ist passiert, weder beim Mindestlohn noch bei der Ost-West-Rentenangleichung, die im Koalitionsvertrag steht.

(Ingrid Arndt-Brauer [SPD]: So ist es! Skandal!)

Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn

- (A) Sie wollten die Selbstständigen besser absichern; davon ist nichts mehr zu hören. In dieser Woche haben wir eine Diskussion über Ghattorenten geführt. Es gibt keine Vorschläge der Bundesregierung, wie die vorhandene Lücke zu schließen ist.

(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, ja! Zuschussrente usw.!)

Außerdem führten wir Debatten über DDR-Flüchtlinge und über Geschiedene aus der DDR, die benachteiligt sind.

(Zuruf von der FDP: Gucken Sie da mal lieber zu Gregor Gysi!)

Auch hier will die Regierung nichts unternehmen, und das trotz eines entsprechenden Bundesratsbeschlusses.

Das Megathema ist die drohende Altersarmut. Dazu sagt die Bundesarbeitsministerin schon seit Jahren: Ja, da muss etwas passieren. Die Lebensleistung muss sich lohnen, insbesondere für diejenigen, die lange etwas geleistet haben. – Was liegt vor? Nichts, überhaupt nichts! Die Lebensleistungsrente ist doch nur ein Begriff. Es gibt aber überhaupt kein Konzept. Die Koalitionsrunde hat zwar beschlossen, dass 40 Beitragsjahre die Voraussetzung für den Bezug der Lebensleistungsrente sein sollen. Aber selbst bei der Höhe gibt es unterschiedliche Meinungen. Frau von der Leyen hat gesagt: Die Lebensleistungsrente ist das Gleiche wie das, was ich vorher als Zuschussrente bezeichnet habe. – Da hat dann aber sofort die FDP interveniert – Herr Kolb nickt – und gesagt: Nein, sie ist nicht das Gleiche wie die Zuschussrente; sie ist niedriger. – Wahrscheinlich würde er noch hinzufügen: einfacher und gerechter.

(B)

(Heiterkeit des Abg. Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es ist also etwas ganz anderes, aber es gibt kein Konzept.

(Petra Hinz [Essen] [SPD]: So ist es!)

Die Regierung hat bisher rein gar nichts vorgelegt. Ich prognostiziere: Zu diesem Thema wird es auch nichts mehr geben. Deswegen werde ich meine restliche Redezeit nutzen, um unser Konzept darzustellen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann werden auch die Unterschiede zu den Konzepten der beiden anderen Oppositionsfractionen deutlich; bei Schwarz-Gelb gibt es da ja, wie gesagt, nichts.

Wir sind der Meinung, dass die gesetzliche Rentenversicherung die zentrale und noch zu stärkende Säule der Alterssicherung ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen wollen wir die Rente schrittweise zu einer Bürgerinnen- und Bürgerversicherung weiterentwickeln, in die alle Bürger Beiträge auf alle Einkunftsarten unabhängig vom Erwerbsstatus einzahlen.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Jetzt wird es interessant!)

Es ist klar, dass wir das nicht von heute auf morgen hinkommen; das wird ein langer Prozess sein. Aber für uns ist es eine Frage der Gerechtigkeit, dass alle Menschen in der gleichen Art und Weise für das Alter abgesichert sind. (C)

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das gilt übrigens auch für Politikerinnen und Politiker.

Durch diese Bürgerversicherung werden Versicherungslücken geschlossen, eigene Ansprüche, die präventiv vor Altersarmut schützen, aufgebaut, und die Rente wird nachhaltig finanziert.

(Zuruf von der FDP: Was heißt denn das konkret?)

Für uns sind stabile Rentenversicherungsbeitragssätze ein wichtiges Ziel; das unterscheidet uns fundamental von den Linken. Im Übrigen ist es so, dass die Beiträge komplett von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gezahlt werden müssen.

(Zuruf von der SPD: Und von den Arbeitgebern!)

Unter anderem deswegen sind wir dagegen, dass es Rentenversicherungsbeitragssätze von 26, 27 oder 28 Prozent geben soll. Die Menschen sind genug belastet. Wir wollen stabile Rentenversicherungsbeitragssätze.

Gleichzeitig ist uns aber auch ein angemessen hohes Rentenniveau wichtig. Wir wollen, dass unser Rentensystem über Generationen hinaus Vertrauen genießt. Junge Menschen, die lange in die Rentenversicherung eingezahlt haben, müssen im Alter auch eine angemessene Rente erhalten. Würde das Rentenniveau deutlich sinken, wären viele von Armut bedroht. Das wäre eine Legitimationskrise der Rentenversicherung. Das wollen wir verhindern. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kolb hat eben den Mechanismus des von uns eingeführten Nachhaltigkeitsfaktors gut beschrieben.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Wieder eingeführt!)

– Nein, der demografische Faktor hat anders funktioniert. – Dabei geht es nämlich um das Verhältnis von Beitragszahlerinnen und Beitragszahlern zu Rentnerinnen und Rentnern. Wenn wir eine Bürgerversicherung haben, dann gibt es mehr Beitragszahlerinnen und Beitragszahler. Dadurch können wir zu einem angemessenen Rentenniveau bei stabilen Beiträgen kommen.

Zusätzlich müssen wir natürlich beim Arbeitsmarkt ansetzen. Wir brauchen eine höhere Erwerbsbeteiligung insbesondere von Frauen und Älteren, und wir müssen endlich den Bereich der prekären Beschäftigung eingrenzen, wodurch auch mehr Beiträge gezahlt werden. Auch dadurch würde das Rentenniveau steigen.

Das ist unser Ansatz. Steigende Beiträge sind keine Lösung.

Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn

- (A) Zu einem guten Verhältnis von Beiträgen zum Rentenniveau trägt übrigens auch die Anhebung der Altersgrenze bei. Wenn es gelingt, dass die Menschen länger arbeiten, erhöhen wir damit die Einnahmen der Rentenversicherung und damit auch die Renten. Das heißt, die Alternative zur Rente mit 67 sind nicht nur höhere Beiträge, sondern auch ein geringeres Rentenniveau. Deswegen halten wir die langsame und schrittweise Anhebung der Regelaltersgrenze auf 67 bis zum Jahr 2031 für richtig.

Wir wollen aber flexible Übergänge in den Ruhestand schaffen. Die Menschen sollen möglichst selbstbestimmt entscheiden können, wann und in welchem Umfang sie in Rente gehen. Wer will, soll schon mit 60 in Rente gehen können. Insbesondere wollen wir, dass Menschen ab 60 eine Teilrente beziehen können,

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Dann müssen Sie auch sagen, von wem Sie das abgeschrieben haben, Herr Kollege!)

um einen gleitenden Übergang in den Ruhestand und längeres Arbeiten zu ermöglichen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Ernst von den Linken?

- (B) **Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ja, immer gerne.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Bitte schön, Herr Ernst.

Klaus Ernst (DIE LINKE):

Danke, Herr Kollege. – Ich möchte eigentlich nur eine Frage stellen. Sie bestreiten sicherlich nicht, dass nur 9,9 Prozent der Altersgruppe der 64-Jährigen eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung haben. Vorhin wurden die Zahlen genannt. Bei den Frauen ist der Anteil noch deutlich geringer. Das ist der Istzustand.

Wir haben aber schon jetzt begonnen, die Rente mit 67 bzw. erst ab 67 einzuführen. Sind Sie mit mir der Auffassung, dass das für 90 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die das betrifft, schon eine Rentenkürzung ist?

(Peter Weiß [Emmendingen] [CDU/CSU]:
Nein!)

Haben Sie auch zur Kenntnis genommen, dass die Zahl derer, die in dieser Altersgruppe eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung hat, eher abnimmt,

(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir sind doch erst am Anfang der Phase! 2031!)

und dass wir damit rechnen können, dass das, was wir zum jetzigen Zeitpunkt tun und das sich in den nächsten

20 Jahren vermutlich nicht dramatisch ändern wird, dazu führt, dass die Rente erst ab 67 für die Menschen tatsächlich eine reine Rentenkürzung ist? Denn pro Jahr, das die Menschen vor dem 67. Lebensjahr in Rente gehen, müssen sie bis ans Lebensende einen Rentenabschlag von 3,6 Prozent jährlich – also 7,2 Prozent für zwei Jahre – hinnehmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich stimme Ihnen zum Teil zu. Die Zahl 90 Prozent stimmt wahrscheinlich nicht. Wir müssen uns die empirischen Zahlen noch einmal genau ansehen. Denn es sind nicht nur die Erwerbstätigen, die keine Rentenkürzungen erfahren,

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Sozialversicherungspflichtige!)

sondern auch andere. Ich empfehle dazu das Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats zur Rente – es ist vorletztes Jahr vorgelegt worden –, in dem für die einzelnen Gruppen beschrieben ist, wo eine Rentenkürzung drohen könnte.

Womit Sie aber grundsätzlich recht haben: Es gibt eine Gruppe, die das nicht erreicht. Für sie ist es tatsächlich eine Rentenkürzung. Ich hatte gesagt: Im Durchschnitt ist es eine Verbesserung und eine Erhöhung des Rentenniveaus. In der Tat führt die Rente mit 67 dazu, dass die Schere ein Stück weit auseinandergeht. Für diejenigen, die schwächer sind und nicht so lange arbeiten können, ist es eine Rentenkürzung. Im Grundsatz ist es aber eine Rentenerhöhung.

Aber gerade bei diesem Verteilungsproblem müssen wir unbedingt und dringend ansetzen. Wir müssen dafür sorgen, dass auch diejenigen, die nicht so lange arbeiten können, vernünftig abgesichert sind. Die Teilrente ist ein Beispiel. Wir müssen bei der Erwerbsminderungsrente dafür sorgen, dass diejenigen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr arbeiten können, keine Abschlüsse mehr in Kauf nehmen müssen. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Wir müssen auch sonst dafür Sorge tragen, dass wir zu fließenden Übergängen in den Ruhestand kommen.

Last, not least – dazu komme ich gleich noch ausführlicher – müssen wir dafür sorgen, dass die Rente mit 67 nicht dazu führt, dass der Lebensstandard der Menschen unter ein Mindestniveau sinkt. Deswegen haben wir das Konzept der grünen Garantierente, mit dem erreicht werden soll, dass alle, die 30 Versicherungsjahre haben, wenigstens ein Minimum bekommen, das über der durchschnittlichen Grundsicherung liegt.

Das Problem ist von der Tendenz her durchaus richtig beschrieben; aber wir haben noch 20 Jahre Zeit, um die Voraussetzungen zu schaffen. Ob die Verlängerung der Regelalterszeit um bisher zwei Monate tatsächlich zu Rentenkürzungen geführt hat, müssen wir empirisch untersuchen. Meine Vermutung ist, dass das nicht in nennenswertem Umfang der Fall gewesen sein wird. Wir

Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn

- (A) werden 2014 einen Bericht zur Rente mit 67 vorlegen. Die Ergebnisse werden wir uns genau anschauen und unsere Schlussfolgerungen daraus ziehen.

Nun zu der Garantierente, die wir Grüne vorschlagen. Ich habe gerade schon gesagt: Im Gegensatz zu vielen anderen Ländern in Europa gibt es in Deutschland kein Mindestniveau in der Rente. Die Bürgerinnen und Bürger müssen sich aber darauf verlassen können, dass sie als langjährig Versicherte im Alter in der Regel nicht auf Leistungen der Grundsicherung angewiesen sind. Ein großer Teil der Bevölkerung hat allerdings kein Vertrauen mehr in die gesetzliche Rentenversicherung. Viele fragen sich, ob sie in der Rentenversicherung noch ausreichend Rentenansprüche erwerben können, um im Alter über ein ausreichendes Einkommen zu verfügen. Deswegen wollen wir eine steuerfinanzierte Garantierente einführen, durch die für Menschen mit 30 Versicherungsjahren ein Mindestniveau von 30 Entgeltpunkten – das sind zurzeit circa 850 Euro – in der Rente garantiert wird; das liegt über dem durchschnittlichen Grundsicherungsniveau. Das ist notwendig als Schutz vor Armut, aber auch um die Akzeptanz der Rentenversicherung zu erhöhen.

Die grüne Garantierente ist so ausgestaltet – darin unterscheidet sie sich von dem Konzept der SPD, insbesondere aber von dem der CDU/CSU –, dass sie auch und insbesondere für Frauen mit geringem Einkommen und Erwerbsunterbrechungen aufgrund von Kindererziehung erreichbar ist.

- (B) (Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Die Ministerin hört gar nicht zu!)

Für die Solidarrente der SPD wären 40 Versicherungsjahre, für die Lebensleistungsrente der CDU/CSU sogar 40 Beitragsjahre erforderlich. Das ist für einen Großteil der Menschen in Deutschland, die von Altersarmut bedroht sind, überhaupt nicht erreichbar. Wir brauchen ein Mindestniveau in der Rente, das tatsächlich vor Armut schützt, und kein Placebo.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Von allen anderen Vorschlägen, auch von der Mindestrente der Linken, unterscheidet sich die grüne Garantierente dadurch, dass es bei ihr keine Bedürftigkeitsprüfung gibt. Um die sogenannte solidarische Mindestrente zu erhalten, müssen – der Kollege Birkwald hat das eben schon beschrieben – Einkommen und Vermögen komplett offengelegt werden. Die Linke sieht sogar eine Obergrenze für die Wohnfläche selbstgenutzten Wohnraums vor. Das heißt, da kommt dann jemand von der Rentenversicherung und prüft, wie groß die Wohnung ist. Mit einer *Mindestrente* hat das nichts zu tun. Wir brauchen keine zweite Grundsicherung; denn die Rentenversicherung ist kein Sozialamt.

Durch die grüne Garantierente und die Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung zu einer Bürgerversicherung schaffen wir eine stabile Basis für die Absicherung im Alter mit einem Mindestniveau über der durchschnittlichen Grundsicherung und einem gewissen Maß an Sicherung des Lebensstandards. Auf die-

ser Basis setzen dann die weiteren Säulen der Alterssicherung auf. Private und betriebliche Alterssicherung sind wichtig für die Sicherung des Lebensstandards im Alter. Für eine Absicherung gegen Altersarmut ist die kapitalgedeckte Säule ungeeignet, weil sie zu risikoreich ist. Bei der Sicherung des Lebensstandards halten wir eine Risikomischung für richtig, weil das die Chance auf eine höhere Rendite ermöglicht. Damit die Menschen diese Chance tatsächlich bekommen, muss die Riester-Rente allerdings grundlegend reformiert werden. Manche Riester-Produkte lohnen sich nur wegen der staatlichen Förderung. Viel zu viel Geld bleibt bei Banken, Versicherungen und Vermittlern hängen. Das heißt, der Staat fördert schlechte Finanzprodukte. Das halten wir für falsch.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen, dass die Förderung die Menschen erreicht, die sie brauchen, und dadurch nicht der Finanzmarkt subventioniert wird.

Eine Idee, die wir weiter verfolgen wollen, ist die eines Standardprodukts, eines Basisprodukts, das öffentlich organisiert wird. Die Deutsche Rentenversicherung Baden-Württemberg nennt das Altersvorsorge-Konto. Menschen, die keine Finanzexpertinnen und -experten sind, brauchen einen barrierefreien Zugang zu zusätzlicher Altersvorsorge, bei der das Geld nicht in Provisionen und Zusatzkosten versickert. Dieses Basisprodukt soll nicht obligatorisch werden, es soll kein Zwangsprodukt werden. Wer es nicht in Anspruch nehmen will, kann gerne anders vorsorgen. Aber ein solches Basisprodukt ist eine Möglichkeit, um insbesondere Geringverdienern eine bessere Absicherung im Alter zu ermöglichen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine grundlegende und umfassende Reform der Alterssicherung ist dringend notwendig. Wir brauchen eine nachhaltig finanzierte Rente mit einem festen Fundament, das vor Armut schützt, und darauf aufbauend Säulen für die Lebensstandardsicherung. Um die Rente für die Zukunft sicher zu machen, müssen wir jetzt anfangen.

Schwarz-Gelb hat bei der Rente völlig versagt. Noch 205 Tage bis zum Wechsel;

(Bettina Hagedorn [SPD]: Das ist richtig!)

dann fangen wir an, die Rente zukunftsfest zu machen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Ingrid Arndt-Brauer [SPD]: Wir haben sehr viel zu tun!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Karl Schiewerling von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Michaela Noll [CDU/CSU]: Jetzt kommt etwas Fundiertes!)

(A) **Karl Schiewerling** (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Was werfen Sie uns eigentlich vor?

(Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dass Sie nichts tun! – Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dass Sie nichts machen!)

Werfen Sie uns vor, dass 41 Millionen Menschen erwerbstätig sind, dass es 29 Millionen sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse gibt, dass wir eine geringe Altersarmut von 2,5 Prozent haben,

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Plus Dunkelziffer!)

dass 30 Milliarden Euro in der Rücklage der Rentenversicherung sind, dass wir entgegen allen Prognosen den Rentenversicherungsbeitrag absenken konnten, ohne dass die Rücklagen sofort abgeschmolzen werden? Werfen Sie uns das vor?

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir sind der Stabilitätsanker der Deutschen Rentenversicherung und nicht die Trautmäntzer der Nation wie die Linksfraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Verehrter Herr Gysi, wer den Menschen einen bunten Rentenhimmel malt, Glocken dort oben hingängt und glaubt, er könnte alles versprechen, was er hinterher nicht halten kann, der belügt das Volk wissentlich.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da ist die Versprecherin! Frau von der Leyen verspricht immer alles und hält überhaupt nichts!)

Ich sage Ihnen: Die Situation der Rente ist gut. Die Zuhörer und Zuschauer könnten den Eindruck gewinnen, als wäre alles und jedes am Ende. Das ist nicht der Fall. Ich will aber gerne zugestehen, dass es immer wieder schwierige Phasen gab, zum Beispiel 2001, 2002. Ich gehörte dem Bundestag damals nicht an. Ich war schlichter Bürger, der sich das alles politisch interessiert angeschaut hat, und war in der Selbstverwaltung der Rentenversicherung tätig. Ich habe natürlich nicht schlecht gestaunt, als damals viele gesagt haben, die umlagefinanzierte Rente sei nicht mehr sicher und brauche man nicht mehr; es müsse alles auf die private Vorsorge und kapitalgedeckte Systeme umgestellt werden.

(Petra Hinz [Essen] [SPD]: Das war die FDP! – Gegenruf des Abg. Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Die Mehrheit war da drüben!)

Darauf hat Herr Riester reagiert und gesagt: Wir machen eine schöne Rente, indem die Leute privat vorsorgen. – Daraus ist die Riester-Rente geworden,

(Pascal Kober [FDP]: SPD-Minister!)

also keine Kolb-Rente, sondern eine Riester-Rente.

(C) Diese Riester-Rente haben wir begrüßt, weil im Prinzip Folgendes getan wird: Es wird akzeptiert, dass wir aufgrund der demografischen Entwicklung, von der die kapitalgedeckten Systeme genauso betroffen sind wie die umlagefinanzierten Systeme, auf Dauer Vorsorge betreiben müssen. Jeder Einzelne muss Vorsorge betreiben, damit das Einkommensniveau im Alter in etwa gehalten werden kann.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Entschuldigung, Herr Schiewerling, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Ilja Seifert zu?

Karl Schiewerling (CDU/CSU):

Nein, ich lasse keine Zwischenfrage zu.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Keine Zwischenfrage.

Karl Schiewerling (CDU/CSU):

Zum Thema Rente gab es heute sehr viele Zwischenfragen. Nach uns kommen auch noch Kolleginnen und Kollegen, die ein anderes Thema diskutieren.

(Otto Fricke [FDP]: Sehr wahr!)

Ich bitte jetzt, auch einmal zur Kenntnis zu nehmen, dass wir kollegial Rücksicht auf sie zu nehmen haben. Ich befürchte, dass der Erkenntnishorizont durch eine Zwischenfrage nicht sonderlich steigen würde.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Otto Fricke [FDP]: Sehr solidarisch!)

(D)

Ich will auf die Frage zurückkommen, wie wir das auf Dauer regeln können. Es gibt noch eine dritte Säule, nämlich die betriebliche Altersvorsorge. Alles zusammengekommen, die umlagefinanzierte Rente, die betriebliche Altersvorsorge und die private Vorsorge, sichert das Einkommen im Alter. Was erlebe ich? In den Anträgen der Linken schwingt das Pendel genau zur anderen Seite, und alles und jedes soll ausschließlich über die umlagefinanzierte Rente finanziert werden. Außerdem sollen noch alle möglichen Personengruppen aufgenommen werden. Jeder träumt nur davon, wie viel Geld hereinkommt, aber keiner rechnet vor, wie hoch die Belastungen sind, die sich aufgrund von Mitgliedschaft und Beiträgen letztendlich automatisch daraus ergeben. Deswegen sage ich Ihnen sehr deutlich: Das, was Sie hier vorschlagen, ist nicht zielführend. Das dient den Menschen nicht und schafft übrigens allenfalls eine gefühlte Gleichheit, aber keine Gerechtigkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, ich will Ihnen aus unserer Sicht sehr deutlich sagen, dass wir natürlich im Blick haben, dass die Altersarmut vermutlich steigen wird,

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Aha!)

weil wir wissen, dass es gebrochene Erwerbsbiografien gibt. Wir wissen aber überhaupt nicht, wie viele es sind,

(Dr. Ilja Seifert [DIE LINKE]: Ihr wisst gar nichts!)

Karl Schiewerling

(A) weil es an keiner Stelle in Deutschland eine Übersicht oder ein Konto gibt, anhand dessen wir sagen können, dass Herr Sowieso oder Frau Sowieso soundso viel im Alter haben wird. Wir kennen das Ergebnis der Rentenversicherung. Aber was machen Sie denn, wenn jemand behauptet, er bekomme 250 Euro Rente? Das ist sicherlich das blanke Elend, es sei denn, dass er noch andere Einkommen aus Vermögen, Verpachtung oder Zinserträgen hat. Möglicherweise ist der Betreffende sogar Arzt gewesen und hat eine ganz andere Versorgung. Wir dürfen nicht vergessen, dass es eine Vielzahl anderer Versorgungssysteme gibt. Wie hoch das gesamte Alterseinkommen jedes Einzelnen ist, das können wir überhaupt nicht sagen. Wir haben keinen Überblick, weil es keine entsprechende Stelle in der Bundesrepublik gibt. Es wäre gut, sich Gedanken darüber zu machen, wie man sich einen solchen Überblick verschaffen könnte.

(Zuruf von der SPD)

Das ist aber schwierig, weil hier beispielsweise datenschutzrechtliche Fragen berührt sind.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Deswegen brauchen wir eine Einkommens- und Vermögensprüfung!)

Deswegen brauchen wir, Herr Kollege Birkwald, eben keine allgemeine Rente für jeden,

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Das ist doch falsch!)

(B) egal ob jemand in seinem Leben gearbeitet hat oder nicht. Anders als Sie in Ihrer Zwischenbemerkung vorhin versucht haben, deutlich zu machen, interessieren Sie sich überhaupt nicht dafür, ob einer erwerbstätig war oder nicht erwerbstätig war, ob jemand in seinem Leben getan hat, was er tun konnte, oder ob jemand draußen Balalaika gespielt hat.

(Zuruf von der SPD: Also!)

Sie sagen: Egal, was jemand gemacht hat, er bekommt eine bestimmte Rente, und dann ist Schluss. – Das haben wir übrigens eingeführt. Das ist die Grundsicherung im Alter. In den Genuss der Grundsicherung im Alter kommt jeder. Tiefer fällt keiner.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Die ist nicht armutsfest!)

Das ist die untere Auffanglinie, die wir in der Bundesrepublik haben. Ich sage Ihnen: Das blanke Elend wird auch dann nicht ausbrechen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, natürlich führen wir eine heftige Diskussion über die Frage, wie wir denn in Zukunft vor Altersarmut schützen werden. Wie soll die Grundlinie aussehen, die wir dort ziehen? Die Grundlinie ist bei uns klar: Wer 40 Jahre lang gearbeitet hat oder Kinder erzogen oder alte Eltern gepflegt hat, soll eine Rente oberhalb der Grundsicherung erhalten.

(Zuruf von der SPD: 10 Euro!)

Alles andere ist nicht zu finanzieren und können wir daher den Menschen auch nicht versprechen. (C)

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und wo bleibt das Konzept?)

Wir wollen Erziehungszeiten für Frauen, die vor 1992 Kinder geboren haben, rentenrechtlich anerkennen. Wir wollen eine entsprechende Anpassung und eine sukzessive Steigerung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Auch dafür gibt es keinen Vorschlag!)

Meine Damen und Herren, wir wollen natürlich über diesen Weg auch Altersarmut vorbeugen

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Leere Versprechungen!)

und den Menschen helfen.

Meine Damen und Herren, Rentenpolitik ist kein Wunsch-dir-was und hat immer mehrere Grundlagen zu beachten. Erstens ist das Äquivalenzprinzip zu berücksichtigen, wonach das, was jemand einzahlt, in einem angemessenen Verhältnis zu dem steht, was er bekommt. Zweitens hat Rentenpolitik zur Aufgabe, dass innerhalb des Rentensystems – deswegen heißt es Solidarsystem – auch den Menschen geholfen wird, die weniger haben. Deswegen gibt es im Rentensystem schon heute Mechanismen, die für einen entsprechenden Ausgleich sorgen. Das Rentensystem muss darüber hinaus vor Invalidität schützen und den Menschen, die auf Hilfe angewiesen sind, Rehabilitation ermöglichen, damit sie länger arbeiten können. (D)

Ich hoffe sehr und gehe davon aus, dass wir alles das in der nächsten Zeit noch regeln werden.

(Zuruf von der SPD)

Aber, meine Damen und Herren, an der Rente mit 67 werden wir nicht rütteln lassen. Ich bin Herrn Strengmann-Kuhn dankbar dafür, dass er dies aus seiner Sicht noch einmal nachhaltig und deutlich unterstrichen hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Das hat etwas mit Generationengerechtigkeit zu tun. Wir müssen doch endlich einmal zur Kenntnis nehmen, dass wir auf der Welt nicht die Einzigen sind und dass es nach uns noch Kinder gibt – und zwar weniger als bisher –, die das gesamte System zu tragen haben. Wie gehen wir eigentlich mit den zukünftigen Generationen um? Diskutieren wir nur im Hier und Jetzt? Ich sage Ihnen: Es mag ja sein, dass die Linken so denken können, weil ihre Mitglieder überaltert sind. Wir können uns das jedenfalls nicht erlauben.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

(A) Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Zu einer Kurzintervention erteile ich dem Kollegen Dr. Ilja Seifert das Wort.

Dr. Ilja Seifert (DIE LINKE):

Vielen Dank, Herr Präsident. – Kollege Schiewerling, Sie haben so getan, als wäre bei der Rente alles wunderbar. Sie haben gesagt, Vorsorge und Gerechtigkeit seien angesagt. Jetzt sagen Sie mir bitte einmal: Wie soll jemand, der eine DDR-Rente bekommt, noch vorsorgen, und wie wollen Sie begründen, dass es unterschiedliche Rentenwerte in Ost und West gibt? Wie soll jemand, der Erwerbsminderungsrente bekommt, vorsorgen? Wo sorgen Sie da für Gerechtigkeit? Wo wird da irgendetwas für diejenigen getan, von denen wir geredet haben? Das sind nur zwei Punkte aus unseren Anträgen, die ich herausgehoben habe.

Sie tun so, als ob wir hier den Himmel buntmalen würden. Wir wollen nur Gerechtigkeit, und zwar für diejenigen, die sie selber nicht herstellen können. Warum verweigern Sie sich dem? Sagen Sie mir das bitte.

(Beifall bei der LINKEN – Peter Weiß [Emmendingen] [CDU/CSU]: Sie wollen Ungerechtigkeit! – Gegenruf der Abg. Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Sie wollen Ungerechtigkeit! – Gegenruf des Abg. Peter Weiß [Emmendingen] [CDU/CSU]: Was ihr an neuer Ungerechtigkeit, ist unglaublich!)

(B) Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Schiewerling, zur Erwiderung bitte.

Karl Schiewerling (CDU/CSU):

Herr Kollege Seifert, für diejenigen, die heute schon in der Rente sind – dazu gehören auch die Erwerbsminderungsrentner –, gilt das, was wir hier diskutieren, nicht. Für sie gilt auch nicht das, was Sie in Ihren Anträgen fordern. Vielmehr geht es um die Gestaltung der Zukunft. Wir haben ja ein Rentenrecht.

Für die Mitbürgerinnen und Mitbürger, die trotz des 1992 in Kraft getretenen Rentenüberleitungsgesetzes mit ihrer Rente nicht auskommen, haben wir die Grundsicherung im Alter eingeführt. Ich halte das für einen wichtigen sozialen Gesichtspunkt.

(Bettina Hagedorn [SPD]: Wir haben das eingeführt!)

– Das deutsche Parlament hat das eingeführt, Frau Kollegin Hagedorn. Vielleicht können wir uns darauf verständigen.

Übrigens wird die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ab 2014 komplett vom Bund getragen und nicht mehr von den Kommunen. Das wiederum haben wir eingeführt, und damit haben wir die Kommunen entlastet.

(Bettina Hagedorn [SPD]: Das haben wir mit Ihnen beschlossen!)

Wir haben also im Prinzip eine solche Grundsicherung. Bei dem, was wir diskutieren, geht es um die Frage: Was machen wir für die zukünftigen Rentner? Es geht darum, hier für gerechte und für vernünftige Strukturen zu sorgen. Wir sind dabei, dies entsprechend zu gestalten.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Jetzt hat das Wort die Kollegin Bettina Hagedorn von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Bettina Hagedorn (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Wir diskutieren über neun Anträge von den Linken unter dem Überbegriff „Rentenrecht“.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Wir hatten schon bis zu 17! Das ist moderat heute!)

Es ist durchaus ein bisschen ungewöhnlich, dass dazu neun Anträge zeitgleich debattiert werden, zumal wir über einzelne Anträge namentlich abstimmen werden. Ich werde das Gefühl nicht los: Ein bisschen Show ist dabei.

(Widerspruch des Abg. Matthias W. Birkwald [DIE LINKE])

„Rente“ ist wirklich ein megawichtiges Thema für alle Menschen in unserem Land. Es gehört sich einfach, dass wir es mit der gebotenen Ernsthaftigkeit diskutieren. Darum möchte ich nur den formalen Hinweis geben, dass mir Ihr Vorgehen sauer aufgestoßen ist. Im Grunde ist es so – das ist von Kollegen schon gesagt worden –, dass Ihre Problemanalyse in weiten Teilen dieses Hauses sehr wohl geteilt wird. Das hat sogar die Ministerin gesagt; das hat der Kollege der Grünen gesagt; das will ich Ihnen ebenfalls bestätigen. Aber die Problemanalyse ist das eine, und die Antworten darauf sind das andere.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

An zwei Punkten werden wir uns nachher enthalten: bei der Verbesserung der Erwerbsminderungsrente und bei der Rente nach Mindestentgeltpunkten. Dort muss zwar richtigerweise etwas getan werden, wir können Ihren Vorschlägen aber nicht zustimmen und enthalten uns deshalb, weil wir bessere Vorschläge haben. Sie sind Bestandteil des Rentenkonzepts der SPD, das wir im November einstimmig beschlossen haben.

Es geht an dieser Stelle vor allen Dingen um die Politik der Regierung. Der Kollege Schiewerling hat vorhin gefragt: Was werfen Sie uns eigentlich vor? Zur Beantwortung dieser Frage will ich meinen Beitrag leisten. Darum zitiere ich aus Ihrem Koalitionsvertrag:

Rente ist kein Almosen. Wer sein Leben lang hart gearbeitet hat, der hat auch einen Anspruch auf eine gute Rente.

Sie sagten: Eine Regierungskommission sollte Lösungen erarbeiten. – Aber diese Regierungskommission kam nie zustande. Was taten Sie stattdessen gleich im ersten Jahr,

(C)

(D)

Bettina Hagedorn

- (A) in dem Sie gemeinsam regierten? Sie strichen unter anderem mit Ihrem sogenannten Sparpaket ersatzlos den Rentenbeitrag für die Langzeitarbeitslosen in diesem Land.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: An der Front ist die SPD aber nicht unschuldig!)

Das war eine Kürzung von 1,85 Milliarden Euro pro Jahr. In Wahrheit sparten Sie gar nichts. Das war nämlich „linke Tasche, rechte Tasche“. Die Beiträge für die Langzeitarbeitslosen wurden nicht mehr bezahlt. Dadurch wurde der Haushalt von Herrn Schäuble geschönt. In Wahrheit fehlte das Geld natürlich in der Rentenkasse.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Die SPD hat das vorgebracht!)

Summa summarum bedeutet das, dass Sie von 2011 bis 2016 mit diesem Manöver der Rentenkasse 19,5 Milliarden Euro entnommen haben.

(Otto Fricke [FDP]: Entnommen?)

Wie ging es weiter? – Frau Ministerin, Sie sind ja großartig darin, etwas anzukündigen. Das Problem ist aber, dass dann nichts kommt. – Dann brachten Sie einen Rentendialog auf den Weg, der ein Jahr lang dauerte. Sie haben mit vielen Experten gesprochen und Hochglanzbroschüren herausgegeben. Dadurch haben Sie den Anschein von Aktivität erweckt.

- (B) In Wahrheit ist dieser Rentendialog aber zu keinem wirklichen Ergebnis gekommen. Das, was Sie nachher vorschlugen, war Ihre Zuschussrente. Ihre Zuschussrente ist nicht nur von Ihren eigenen Leuten zerrissen worden, sondern von allen, übrigens auch von denjenigen, die an diesem Rentendialog beteiligt waren. Die Zuschussrente kam natürlich nicht. Im Übrigen war sie eine Fehlgeburt, weil Sie eine sozialpolitische Leistung über Beiträge finanzieren wollten. Das war schon einmal falsch.

Was kam als Nächstes? Als Nächstes kam die Lebensleistungsrente. Damit werden wir seit dem Herbst beschäftigt. Das Problem dabei ist zum einen, dass die Lebensleistungsrente ein falscher Vorschlag ist, weil damit so getan wird, als würde sie eine Lebensleistung belohnen. In Wahrheit tut sie das aber gar nicht, weil sie eine lächerliche Erhöhung von 10 bis 15 Euro im Monat dafür darstellt,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

dass die Menschen 40 Jahre lang in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt und zusätzlich privat vorgesorgt haben.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Ihre Solidarrente ist auch nicht höher!)

Das Problem ist aber zum anderen: Wo ist eigentlich die Vorlage dazu? Das sind alles persönliche Vorschläge der Ministerin – die zurzeit leider nicht zuhört. In dieser Koalition besteht aber keine Einigkeit in diesem Punkt. Darum kennen wir diesen Vorschlag bisher nur aus Ihrem Mund. Er liegt nicht auf dem Tisch der zuständigen Ausschüsse. Unsere Trauer hält sich natürlich in Gren-

zen, weil wir diesem Vorschlag sowieso nicht zustimmen würden. (C)

Frau Ministerin, Fakt ist, dass Sie den ganzen letzten Sommer hindurch von Talkshow zu Talkshow getingelt sind und überall über das Thema Altersarmut gesprochen haben. Sie sind sogar in diesem Parlament – und auch von mir persönlich – dafür gelobt worden, dass Sie ein wirklich wichtiges Thema auf die Tagesordnung gebracht haben. Das war gut. Frau Ministerin, es ist doch aber nicht Ihre Aufgabe als Arbeits- und Sozialministerin, Probleme zu benennen

(Petra Hinz [Essen] [SPD]: Aufzudecken!)

oder Analysen anzustellen, sondern Ihre Aufgabe ist es doch, Vorschläge zur Lösung der Probleme auf den Tisch zu legen. Darauf warten wir bis heute.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Darüber hinaus haben Sie bei den Haushaltsberatungen 2013 ein weiteres Mal in unnachahmlicher Weise in die Rentenkasse gegriffen. Zum einen haben Sie den Vorwegabzug um 1 Milliarde Euro im Jahr 2013 und um 1,25 Milliarden Euro in den Folgejahren gekürzt. Damit hat Herr Schäuble seinen Entwurf schöngerechnet. Das sind 4,75 Milliarden Euro – so steht es in Ihren Unterlagen –, die Sie angeblich konsolidiert haben – zulasten der Rentenkasse. Zum anderen haben Sie durch die Absenkung des Beitrags von 19,6 Prozent auf 18,9 Prozent beim Bundeshaushalt gekürzt. (D)

(Otto Fricke [FDP]: War das falsch? – Gegenruf des Abg. Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Sicher war das falsch!)

– Es wäre schön, wenn ich ausreden dürfte.

Sie haben es aber versäumt – das ist in diesem Land breit diskutiert worden –, die Chance zu nutzen, eine wirklich demografiefeste Reserve aufzubauen. Dazu lagen Ihnen Vorschläge aus diesem Haus und auch aus dem Bereich der Sozialpartner vor. Ich sage Ihnen ganz deutlich: Das wäre natürlich der bessere Weg gewesen. Wir reden über Generationengerechtigkeit. Wir reden darüber, was zusätzlich geschehen muss. Ich weise gemeinsam mit den Kollegen von den Grünen ausdrücklich auf unser Konzept hin. Wenn wir zu Verbesserungen kommen wollen – und das wollen wir –, dann kostet das natürlich Geld.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Also nicht Vorsorge aufbauen, sondern mehr ausgeben!)

Wir wollen in Zukunft keine unverantwortlichen Sprünge, sondern eine nachhaltige Finanzierung der gesetzlichen Rente. Wir wollen eine Stärkung der Betriebsrenten, die ein wichtiger ergänzender Beitrag sind. Auch Riester ist ein wichtiger Teil; auch da machen wir kein komplettes Rollback.

Richtig ist aber auch, dass man nicht alles, was man mal gemacht hat, immer weiterführen muss. Wenn man hinterher erkennt, dass es Fehler gegeben hat, dann muss

Bettina Hagedorn

- (A) man auch den Mut haben, diese im Detail zu korrigieren. Dazu stehen wir.

Alles drei zusammengebunden ergibt eine gute Zukunftssicherung. Dafür steht die SPD. Wir werden ab Herbst versuchen, das gemeinsam mit Koalitionspartnern umzusetzen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Für die FDP-Fraktion spricht jetzt der Kollege Pascal Kober.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Pascal Kober (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will niemandem zu nahe treten, aber ich bin heute der jüngste Redner in dieser Debatte.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Jünger als der Max Straubinger? – Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP und der CDU/CSU)

Ich freue mich über alle älteren Kollegen, die in dieser Debatte das Thema Generationengerechtigkeit explizit angesprochen haben; denn darum geht es letztlich. Rentenpolitik bedeutet immer, mit Maß, langfristigem Denken und vorausschauendem Handeln an die Dinge heranzugehen. Die kleinen Veränderungen im Rentenversicherungssystem, in der Alterssicherung, die wir heute beschließen, treffen in vollem Umfang sowohl im Positiven als auch im Negativen die künftigen Generationen, Generationen, die heute noch gar nicht auf der Welt sind. Wir müssen heute so vorausschauend handeln, dass wir diese Generationen im Blick haben.

(B)

(Petra Hinz [Essen] [SPD]: Haben Sie aber nicht! – Ingrid Arndt-Brauer [SPD]: Deswegen machen Sie nichts?)

In einer rentenpolitischen Debatte ist es angebracht, dass man auf die Wurzeln des Systems zu sprechen kommt.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Gute Idee!)

Das haben einige Redner der Koalition schon überzeugend getan;

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Eher weniger!)

denn die Wurzeln des Rentenversicherungssystems sind vor allen Dingen eine gute wirtschaftliche Entwicklung und zahlreiche sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

In der Frage der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze ist diese Regierungskoalition erfolgreicher, als es viele Regierungskoalitionen vor ihr gewesen sind.

- (Petra Hinz [Essen] [SPD]: Auch wenn Sie es immer wieder wiederholen: Es ist nicht wahr!) (C)

Wir haben im Moment so viele sozialversicherungspflichtige Beschäftigte, wie es nach der Wiedervereinigung lange nicht der Fall war.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Die jungen Leute sind nur noch befristet beschäftigt!)

Wir haben insgesamt so viele Beschäftigte in Deutschland wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Das ist ein ganz wichtiger Beitrag, um die Wurzeln des Rentenversicherungssystems zu stabilisieren.

Genau deshalb, aus Überzeugung, haben wir, so wie es im Gesetz vorgeschrieben ist, unter anderem die Rentenversicherungsbeiträge zum 1. Januar 2013 von 19,6 auf 18,9 Prozent abgesenkt. Warum? Weil das gemeinsam für die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer eine Entlastung von 6 Milliarden Euro bedeutet.

(Beifall bei der FDP)

Es wird damit eine wirtschaftliche Dynamik entfacht, um weitere Arbeitsplätze zu schaffen und am Ende die wirtschaftliche Stabilität in unserem Land voranzubringen, zu erhalten und weiter auszubauen. Das ist, wie gesagt, die wichtigste Wurzel unseres Altersversicherungssystems.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege Kober, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Gysi? (D)

Pascal Kober (FDP):

Sehr gerne.

Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE):

Lieber Herr Kober, Sie sprechen von der jüngeren Generation. Die Festlegungen, die wir heute treffen, gelten doch auch für diese jüngere Generation, wenn sie im Rentenalter ist. Was wir also heute mit Blick auf diese Generation versäumen, wird ihr später fehlen. – Das ist das eine.

Das Zweite. Sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass der überwiegende Teil der prekären Beschäftigung bei den jungen Leuten stattfindet? Ich nenne Ihnen nur eine Zahl: Von allen Menschen bis 35 Jahre haben 55 Prozent nur noch ein befristetes Arbeitsverhältnis und kein unbefristetes. Dann haben sie mal wieder kein Arbeitsverhältnis. Das heißt, die ganze Erwerbsbiografie ist durchbrochen.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Bei Ihren Zahlen sind doch die Auszubildenden dabei!)

Wenn wir gerade bei der jungen Generation nichts ändern, dann wird sie später in Altersarmut enden. Das ist das Problem, das wir anschneiden wollten und worüber wir ganz sachlich miteinander diskutieren müssen,

Dr. Gregor Gysi

- (A) weil wir eine Lösung brauchen, gerade für die junge Generation.

(Beifall bei der LINKEN)

Pascal Kober (FDP):

Lieber Herr Kollege Gysi, ich widerspreche Ihnen bei den empirischen Befunden, nicht aber bei der Frage, die Sie grundsätzlich anschneiden; denn das ist der Tenor meiner Rede. Wir müssen Folgendes leisten: Wir müssen mehr Menschen in Beschäftigung bringen, mehr Menschen in gut bezahlte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Das tun wir ja auch!)

Man muss an den Ursachen ansetzen, aber nicht, indem man jetzt Ausgabenprogramme beschließt, die die künftigen Generationen nicht mehr bezahlen können,

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

und heute zusätzliche Belastungen bzw. Steuererhöhungen beschließt, die am Ende nur Arbeitsplätze gefährden.

Ich glaube, Ihre Zielsetzung ist richtig. Nur, die Vorschläge, die Sie machen, werden genau das Gegenteil von dem erreichen, was Sie wollen. Deshalb lehnen wir Ihre Politik ab.

- (B) (Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Ingrid Arndt-Brauer [SPD]: Machen Sie doch mal was! – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Sie machen gar nichts!)

Im Übrigen lehnen wir auch die Politik von Grün und Rot ab, und zwar genau in dem Bereich, den ich gerade bei der Beantwortung der Frage von Herrn Gysi angeschnitten habe.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich verstehe bei Grün und Rot nicht, dass Sie auf der einen Seite zwar etwas für die Alterssicherung in der Zukunft machen wollen – Sie müssen doch erkennen, dass die Voraussetzung hierfür die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist –, Sie aber auf der anderen Seite auf Ihren Parteitag und, noch schlimmer, in Ihren Wahlprogrammen Steuererhöhungen beschließen, die den Mittelstand und das Handwerk mit Milliarden belasten werden.

(Bettina Hagedorn [SPD]: So ein Quatsch! – Petra Ernstberger [SPD]: Haben Sie das Programm schon? Wir haben es nicht!)

Damit legen Sie die Axt an die Wurzel des Rentenversicherungssystems.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU/CSU)

Denn Sie nehmen billigend in Kauf, dass Hunderttausende Arbeitsplätze verloren gehen.

Ein Zweites, was ich nicht verstehen kann, ist – Sie wissen doch, dass wir schon heute über ein Viertel des

Bundeshaushalts als Zuschuss in die gesetzliche Rentenversicherung einbezahlen –, dass Sie in den Ländern, in denen Sie regieren, nicht willens sind, die Verschuldung zurückzufahren. Grün-Rot in Baden-Württemberg – das ist irre; das muss man sich einmal vorstellen – hat aktuell 3 Milliarden Euro Steuereinnahmen mehr als die letzte schwarz-gelbe Regierungskoalition, gibt über 5 Milliarden Euro mehr aus, treibt die Verschuldung hoch und verspielt die Zukunft künftiger Generationen. (C)

(Otto Fricke [FDP]: Ein Skandal ist das! – Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Nachhaltigkeit geht anders! – Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer hat denn die Verschuldung aufgebaut? Wer hat denn da regiert?)

Das ist unverantwortlich und muss auch in einer Renten-debatte benannt werden, weil die Zusammenhänge offensichtlich sind. Wer heute die Verschuldung in die Höhe treibt, wird die Alterssicherung der Zukunft nicht erreichen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Diese Bundesregierung hingegen nimmt das Thema Haushaltskonsolidierung mehr als ernst.

(Petra Hinz [Essen] [SPD]: Nein, sie deckt nur auf! – Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Deswegen machen Sie immer noch Schulden? Betreuungsgeld! Hotelsteuer! Das ist doch keine Konsolidierung!) (D)

Man muss sich das einmal vorstellen: In Zeiten wie diesen ist es dieser Regierungskoalition gelungen, die Vorgaben der Schuldenbremse statt 2016 schon 2012 einzuhalten. Das ist eine verantwortungsvolle Politik.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Uns ist es gelungen, die Ausgaben zu begrenzen. Wir gehen nicht so vor wie die Regierungen der Länder, in denen Sie regieren, beispielweise Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen. Dort steigern Sie die Ausgaben, obwohl Sie dazu überhaupt keinen Anlass haben.

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn (BÜNDNIS 90/DIE [GRÜNEN]: Die Schulden steigen und steigen durch Schwarz-Gelb! Sie bauen kein bisschen Schulden ab!)

Wir brauchen eine verantwortungsvolle Haushaltskonsolidierungspolitik – auch mit Blick auf die Sicherung der Alterssicherungssysteme.

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Richtig! Deswegen brauchen wir einen Wechsel!)

Als wir über die Zukunft der Alterssicherungssysteme und über die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung gesprochen haben, haben schon viele zu Recht gesagt – auch Sie, Herr Gysi –, dass man etwas gegen die unterbrochenen Erwerbsbiografien tun müsse. Da hat

Pascal Kober

- (A) diese Regierungskoalition schon Entscheidendes auf den Weg gebracht.

(Ingrid Arndt-Brauer [SPD]: Was denn?)

Ich nenne nur das Beispiel des Ausbaus der Kinderbetreuung als eine wesentliche Maßnahme, um der Unterbrechung von Erwerbsbiografien etwas entgegenzusetzen.

(Bettina Hagedorn [SPD]: Das war Schwarz-Rot! Da waren Sie nicht dabei!)

Die 4 Milliarden Euro, die von der vergangenen Regierung beschlossen worden waren, hat diese Regierungskoalition noch einmal um knapp 600 Millionen Euro für zusätzlich 30 000 Kinderbetreuungsplätze erhöht; das haben wir gemacht. Wir werden darüber hinaus ab 2014 noch einmal 845 Millionen Euro jährlich für den Ausbau, den Erhalt und die Verbesserung der Kinderbetreuung ausgeben.

(Sven Schulz [Spandau] [SPD]: Und das Betreuungsgeld einführen!)

Das ist eingeplant. Das ist ein ganz wesentlicher Baustein, um der Unterbrechung von Erwerbsbiografien entgegenzuwirken.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU/CSU)

Nächstes Thema. In unserer Gesellschaft darf in Zukunft kein Kind mehr im Schulsystem und kein Jugendlicher im Arbeitsmarkt verloren gehen. Was machen wir? Wir haben ein Programm in Höhe von 400 Millionen Euro auf den Weg gebracht, mit dem 4 000 Kindertagesstätten speziell gefördert werden, um gerade Kindern, die es schwer haben, Kindern mit Migrationshintergrund, mit Sprachproblemen, den Einstieg in unser Bildungssystem zu erleichtern. Das ist eine ganz wesentliche Aufgabe, der wir uns gestellt und bei der wir eine überzeugende Lösung auf den Weg gebracht haben.

(B)

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU/CSU)

Wir haben – lieber Herr Gysi, auch das gehört zu Wahrheit – gegenwärtig über 33 000 unbesetzte Ausbildungsplätze. Das darf nicht so bleiben, wenn man bedenkt, dass gleichzeitig Kinder die Schule nicht schaffen oder Jugendliche die Ausbildung nach kurzer Zeit abbrechen müssen. Hier müssen wir früh ansetzen.

(Petra Hinz [Essen] [SPD]: Wann wollen Sie das denn noch alles machen? Sie haben nicht mehr viel Zeit!)

Das alles ist ein Thema der Rentenpolitik der Zukunft. Wir müssen heute die Ausbildungs- und Bildungsfähigkeit der Kinder stärken. Das tun wir sehr überzeugend

(Petra Hinz [Essen] [SPD]: Wo denn? Passiert doch nichts bei dieser Regierung!)

in dem Sinne, die Wurzeln der Alterssicherung zu stärken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden dies alles ab dem 22. September mit der gleichen Entschieden-

heit und in der gleichen Regierungskonstellation fortsetzen. Sie werden weiter auf Ihren Plätzen sitzen und uns dabei zusehen. (C)

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Jetzt hat das Wort der Kollege Peter Weiß von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Peter Weiß (Emmendingen) (CDU/CSU):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die deutschen Rentnerinnen und Rentner interessiert und bewegt vor allen Dingen eines: Sie wollen Sicherheit haben, dass die Rente monatlich ausgezahlt wird, und sie wollen, was Rentenerhöhungen anbelangt, am wirtschaftlichen Erfolg in Deutschland teilhaben können.

(Mechthild Rawert [SPD]: 10 Euro! 5 Euro!)

Die entscheidende, wichtigste Nachricht, die es heute gibt, ist deswegen, dass wir in der Rentenversicherung die höchste Rücklage seit 20 Jahren haben, nämlich in Höhe von 29,4 Milliarden Euro. Das zeigt: Was die Sicherung der Rentenfinanzen anbelangt – sie ist das Entscheidende –, ist diese Bundesregierung die erfolgreichste seit Jahrzehnten. Darauf können wir stolz sein.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Und die Erde ist eine Scheibe! – Zuruf von der SPD: Was haben Sie denn eingezahlt?) (D)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Rentnerinnen und Rentner in Deutschland sind nicht vergesslich. Sie können sich zum Beispiel an das Jahr 2005 erinnern.

(Max Straubinger [CDU/CSU]: So ist es!)

Im Jahr 2005 hatten wir keine Rücklage in der Rentenversicherung.

(Ingrid Fischbach [CDU/CSU]: Hört! Hört!)

Erstmals in der Geschichte der Deutschen Rentenversicherung musste der Bundesfinanzminister

(Max Straubinger [CDU/CSU]: Einspringen!)

ein Sonderdarlehen aus der Staatskasse an die Rentenversicherung zahlen, damit im Herbst 2005 überhaupt Renten ausgezahlt werden konnten. Welch großer Unterschied zu heute!

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Max Straubinger [CDU/CSU]: Das war das Ergebnis rot-grüner Politik!)

Die Rentnerinnen und Rentner in Deutschland können sich sogar noch an das Jahr 1998 erinnern. 1998 haben wir in Deutschland einen Rentenwahlkampf erlebt. Rot-Grün trat damals an und sagte: Wir wollen die Bundesregierung von CDU/CSU und FDP ablösen und

Peter Weiß (Emmendingen)

- (A) die letzte von Norbert Blüm in Gang gesetzte Rentenreform rückgängig machen. – Mit diesem Versprechen hat Rot-Grün, wie wir wissen, sogar die Bundestagswahl gewonnen. In der Tat hat Rot-Grün dann als Erstes beschlossen, die damalige Rentenreform rückgängig zu machen.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Das war ein schwerer Fehler!)

Aber nur ein Jahr später ist der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder vor den Deutschen Bundestag und vor die deutsche Öffentlichkeit getreten und hat erklärt: Das, was wir getan haben – die Rücknahme der Rentenreform von 1998 –, war ein großer Fehler.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: So war's!)

Spruch: Der Rentenwahlkampf von 1998 war Lug und Trug. Er war ein großer Fehler, weil die deutsche Bevölkerung, die deutschen Rentnerinnen und Rentner hinters Licht geführt wurden. Wir wollen verhindern, dass das ein zweites Mal passiert.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, liebe Zuschauer, weshalb erinnere ich daran? Es ist wunderschön, in einer Rentendebatte wie heute zu hören,

(Bettina Hagedorn [SPD]: Reden Sie doch mal über Ihre Regierungszeit!)

- (B) welche Verbesserungen man sich für die heutigen und die künftigen Rentnerinnen und Rentner vorstellen kann. Das erinnert mich sehr stark an den Herbst 1998; da ist das Gleiche gemacht worden. Das Ergebnis war nicht nur, dass Gerhard Schröder ein Jahr später all das als Fehler bezeichnet hat, sondern auch, dass die rot-grüne Koalition unter dem Zwang der Zahlen tiefer in das deutsche Rentenrecht eingegriffen hat, als es CDU/CSU und FDP je gewagt hätten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Deshalb sollte für die deutschen Wählerinnen und Wähler im Herbst 2013 gelten:

(Ulrich Kelber [SPD]: Sie scheinen ja echt Angst vor dem Wahlkampf zu haben!)

Liebe Bürgerinnen und Bürger, machen Sie den großen Fehler von 1998 nicht noch einmal!

(Ulrich Kelber [SPD]: Wählerbeschimpfung!)

Das Ergebnis der großartigen Versprechungen ist, dass es nachher schlimmer kommt, als man es sich je gedacht hat.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Vor allen Dingen, wenn die CDU/CSU an der Regierung ist! Dann wird es immer schlimmer!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung wird ausweislich des Rentenversicherungsberichts der Bundesregierung auch

dazu führen, dass die Rentnerinnen und Rentner nicht mehr wie damals unter Rot-Grün damit rechnen müssen, (C)

(Bettina Hagedorn [SPD]: Sagen Sie doch mal was zu der Rentenpolitik von Schwarz-Gelb!)

dass ihnen eine Rentenerhöhung per Gesetz vorenthalten wird, also per Gesetz eine Nullrunde verordnet wird. Vielmehr können die Rentnerinnen und Rentner bis 2016 nach den derzeitigen Schätzungen mit einem Plus von 8,5 Prozent im Westen und 11,5 Prozent im Osten rechnen.

Es stimmt, was der Kollege Kolb gesagt hat: Je mehr wir dafür sorgen und die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass die Beschäftigung in Deutschland weiter ansteigt, also mehr Menschen im Berufsleben stehen und Rentenversicherungsbeiträge zahlen, umso eher sinkt das Rentenniveau nicht. Das Sinken des Rentenniveaus ist keine gesetzlich verordnete Maßnahme, sondern hängt entscheidend davon ab, wie sich die Beschäftigung in Deutschland entwickelt. Gute Beschäftigungspolitik ist das beste Rezept für eine gute Rentenpolitik.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege Weiß, erlauben Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Höll?

Peter Weiß (Emmendingen) (CDU/CSU):
Bitte schön.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Wer hat denn bei den Linken noch nicht gefragt?) (D)

Dr. Barbara Höll (DIE LINKE):

Danke, Herr Präsident. – Sehr geehrter Herr Kollege, Sie haben hier mit voller Stimme verkündet: Rot-Grün ist weiter gegangen, als Sie jemals gegangen sind.

Peter Weiß (Emmendingen) (CDU/CSU):
Ja.

Dr. Barbara Höll (DIE LINKE):

Jetzt frage ich Sie: Warum haben Sie dann nicht eine der Maßnahmen, die Rot-Grün verabschiedet hat, zurückgeholt – nicht eine einzige –, sondern im Gegenteil genau diesen Weg noch verschärft, indem Sie zum Beispiel die Rentenbeiträge für die Hartz-IV-Empfängerinnen und Hartz-IV-Empfänger einfach gestrichen haben? Diese Erklärung müssen Sie der Öffentlichkeit geben. Ich hoffe, dass Rot-Grün aus Fehlern gelernt hat und wir vielleicht in der Zukunft gemeinsam etwas Ordentliches hinbekommen.

(Zurufe von der CDU/CSU: Oh!)

Aber Sie beschwerten sich hier, und dann machen Sie nichts. Es ist nichts gekommen, Sie haben nichts zurückgeholt, Sie sind diesen Weg mitgegangen und haben ihn verschärft. Warum?

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN und der SPD)

(A) **Peter Weiß** (Emmendingen) (CDU/CSU):

Frau Kollegin Höll, wir haben nichts verschärft. Wir haben zum Beispiel ganz entscheidende Maßnahmen ergriffen, indem wir in der Großen Koalition zusammen mit der SPD bei der Riester-Rente den Förderbetrag für Kinder auf 300 Euro jährlich heraufgesetzt haben. Das ist eine ganz entscheidende Hilfe, gerade für Familien, die Kinder haben.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Sie haben die Beiträge für die Langzeitarbeitslosen komplett gestrichen)

Wir haben im Hinblick auf die Rentenversicherung den Langzeitarbeitslosen einen Betrag gestrichen, der aus der Steuerkasse in die Rentenkasse geflossen ist und der zu einem so minimalen Rentenanspruch geführt hätte, dass man ohnehin Grundsicherung hätte beantragen müssen; das hätte den Leuten also gar nicht geholfen. Aber neu ist, dass wir die Zeiten der Langzeitarbeitslosigkeit als Anrechnungszeiten in der Rentenversicherung anerkannt haben. Das ist entscheidend.

(Beifall des Abg. Arnold Vaatz [CDU/CSU])

Das bedeutet zum Beispiel, dass jemand, der Erwerbsminderungsrente aus der Langzeitarbeitslosigkeit heraus beantragen muss, im Zweifel heute eine höhere Erwerbsminderungsrente bekommt als nach dem alten Recht. Insofern sind das doch ganz entscheidende Reformen, die wir durchgeführt haben, die aber vielleicht bei der Linkspartei und deren Rentenexperten nicht wahrgenommen worden sind.

(B) (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Das stimmt nicht! Es wird genau beobachtet und kritisiert!)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, was auch stimmt, ist, dass die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land – junge wie alte – ein feines Gespür dafür haben, dass dieses Rentensystem nur funktionieren kann, wenn auch die Solidarität zwischen den Generationen funktioniert. Deshalb will ich daran erinnern, was der Ausgangspunkt für all die Rentenreformen der letzten Jahrzehnte in Deutschland war. Ausgangspunkt war, dass im Jahr 1987 – lang ist es her – die Prognos AG, von der Bundesregierung beauftragt, eine Studie durchgeführt hat, in der sie festgestellt hat, dass angesichts der Tatsache, dass die Zahl der Jungen abnimmt und die Zahl der Älteren steigt, bei Nichtvornahme von Reformen der Rentenversicherungsbeitrag bis zum Jahr 2030 auf mindestens 36,6 Prozent, maximal sogar auf 41,7 Prozent steigen würde. Allen jungen Leuten ist klar: 40 Prozent Rentenversicherungsbeitrag, dazu noch Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherungsbeitrag und Steuern zahlen – da macht das Arbeiten keinen Spaß mehr.

Deswegen war und ist es notwendig – übrigens wird keine politische Mehrheit im Deutschen Bundestag dem ausweichen können –: Unser Rentenversicherungssystem funktioniert nur, wenn es getragen wird von der Solidarität der Alten und der Jungen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

(C)

Unser Weg ist, ein ausgeglichenes Verhältnis von Belastungen und Entlastungen für Jung und Alt herzustellen. Das sorgt für eine sichere Rente. Etwas anderes macht die Rente kaputt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Auch die Anerkennung von Kindererziehungszeiten haben wir, die Union,

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Unterbreiten Sie uns einen Vorschlag!)

zusammen mit der FDP 1986 erstmals in der Geschichte in das Rentenrecht eingeführt und 1992 noch einmal verbessert.

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war damals 1986 ein Verfassungsgerichtsurteil!)

Unsere Absicht ist, diese Verbesserung weiterzuführen; denn ein Rentensystem funktioniert in der Tat nur dann, wenn Männer und Frauen bereit sind, Kinder großzuziehen, die dann künftig bereit sind, unsere Renten mitzufinanzieren.

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo ist der Vorschlag?)

Dies ist eine entscheidende Reform, die nicht Rot oder Grün und erst recht nicht die Linken erfunden haben, sondern die wir, die Union, zusammen mit der FDP erfunden haben: Wir wollen, dass Kindererziehung in der Rente stärker berücksichtigt wird.

(D)

(Ingrid Arndt-Brauer [SPD]: Dann machen Sie es doch! – Petra Hinz [Essen] [SPD]: Dreieinhalb Jahre hatten Sie Zeit!)

Wir wollen gerade den Frauen die Zusage machen:

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Leeres Versprechen!)

Eure Erziehungsleistung findet sich konkret auch in der Rentenzahlung wieder.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Zuruf von der LINKEN: Dann können Sie dem Antrag der Linken ja zustimmen!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege Weiß, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Peter Weiß (Emmendingen) (CDU/CSU):

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, unser Konzept ist klar: Wir wollen die Rente für Menschen, die lange gearbeitet haben, aber leider zu wenig verdient haben, aufstocken.

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo ist das Konzept? Es gibt kein Konzept! – Zurufe von der SPD)

Peter Weiß (Emmendingen)

- (A) Wir wollen, dass Erwerbsgeminderte, die wegen Krankheit vorzeitig aus dem Erwerbsleben aussteigen, eine bessere Rente erhalten. Wir wollen, dass Mütter und Väter, die Kinder erzogen haben, eine bessere Rente erhalten.

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo ist das Konzept? Leere Versprechungen! Kein Konzept!)

Das ist unser klares Rentenkonzept für die Zukunft.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, angesichts der fortgeschrittenen Zeit möchte ich Sie bitten, so weit wie möglich auf Zwischenfragen und Kurzinterventionen zu verzichten.

Die nächste Rednerin ist die Kollegin Ingrid Arndt-Brauer von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Ingrid Arndt-Brauer (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Meine Damen und Herren! Heute steht ein ernsthaftes Thema auf der Tagesordnung. Es geht um die Rente. Ich habe manchmal das Gefühl, dass wir hier eine reine Wahlkampfschlacht erleben.

- (B) (Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Das finde ich sehr schade.

Wir haben in Deutschland derzeit 20,5 Millionen Rentenbezieher. In 20 Jahren werden es wahrscheinlich 30 Millionen sein. Da liegt es natürlich nahe, mit so einer Gruppe Menschen Wahlkampf zu machen. Trotzdem finde ich, dass bei diesem Thema Ernsthaftigkeit angesagt ist.

Es geht dabei um Geld. Für die SPD sprechen ausschließlich Finanz- und Haushaltspolitiker,

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Ach!)

um zu zeigen: Wir wollen die Rente, die wir den Menschen für die Zukunft versprechen, auch finanzieren können.

(Beifall bei der SPD)

In einigen vorliegenden Anträgen ist das Gegenteil der Fall. Gerade in den Anträgen der Linken bleibt die Frage der Finanzierung eher vage, sie wird hintangestellt.

Es ist nicht zu verantworten, auf Dauer irgendein Rentenniveau zu versprechen, wenn man genau weiß, dass die Ausgaben in keinem zukünftigen Haushalt gedeckt sind. Ein Rentenniveau von 53 Prozent – wir wissen nicht, wer das bezahlen soll.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Das geht! Alle Erwerbstätigen zahlen ein!)

- (C) Sollen das die Beitragszahler, also unsere Kinder, bezahlen? Oder wollen wir neue Schulden machen? Aber auch dann zahlen unsere Kinder. Nur das Stichwort „Produktivitätsfortschritt“ hereinzurufen, das reicht nicht ganz aus.

(Beifall bei der SPD – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Ich erkläre Ihnen das noch einmal in einer ruhigen Stunde!)

Man kann die demografische Entwicklung nicht ignorieren; ich würde das auch gerne tun, aber das geht leider nicht. Das heißt, es muss irgendein Zusatzfaktor in das Rentensystem eingeführt werden. Wir als SPD haben das gemacht. Wir als SPD stehen auch zukünftig für die Dreipoligkeit im Bereich Rente.

Wir haben 29 Millionen Menschen, die in die gesetzliche Rente einzahlen. Das sind so viele wie nie zuvor – da stimme ich allen Vorrednern zu –, aber wir wissen nicht, wie lange es bei dieser Zahl bleibt. Wir wissen nicht, wie sich die Konjunktur entwickelt. Wir wissen aber, dass wir in Zukunft weniger Kinder haben werden. Wir werden also aufgrund des demografischen Wandels weniger Einzahler haben, sofern wir die Lücke nicht durch Zuwanderung ausgleichen.

Wir haben neben der gesetzlichen Rente die betriebliche Altersvorsorge, leider nicht für jeden. Nicht alle Arbeitsplätze beinhalten eine betriebliche Altersvorsorge. Gerade Frauen sind in dieser Gruppe schwach vertreten.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Der Osten ist noch schwächer!)

- (D) Derzeit haben 17 Millionen Arbeitnehmer eine betriebliche Altersvorsorge. Dauerhaft reicht das mit Sicherheit nicht aus. Hier muss mehr getan werden. Für diesen Bereich hat die Regierung in den letzten Jahren überhaupt nichts getan.

Weil wir von der SPD wissen, dass die beiden genannten Säulen schwach sind, haben wir die private Altersvorsorge eingeführt: Riester und Rürup sind hier als Stichwörter zu nennen.

Es gibt viele Anträge zum Thema Riester-Förderung; lassen Sie mich daher den Schwerpunkt meiner Ausführungen darauf legen. Ich möchte in diesem Zusammenhang nur kurz darauf hinweisen, dass auch das Problem der Selbstständigen während der Regierungszeit der jetzigen Regierungskoalition nicht angegangen worden ist.

Wir haben es gehört: Es gibt knapp 16 Millionen Riester-Verträge. Bei der Anrechnung auf die Grundversicherung gibt es Probleme. Das ist von allen erkannt worden, gelöst wurde es aber nicht. Da nützt es nichts, wenn man sich als CDU-Politiker hier hinstellt und sagt: Das wollen wir alles klären. – Ich frage mich, wann Sie haben noch fünf Monate Zeit. Danach ist die FDP vielleicht gar nicht mehr dabei, was sich hier viele wünschen würden. Wir wissen nicht, ob Sie in der Ihnen verbleibenden Zeit noch etwas auf den Weg bringen können. Die letzten dreieinhalb Jahre jedenfalls haben Sie so gut wie nichts getan.

(Beifall bei der SPD)

Ingrid Arndt-Brauer

- (A) Da ich Ernsthaftigkeit eingefordert habe, will ich konkret auf die vorliegenden Anträge eingehen. Zum Antrag der Linken „Riester-Förderung in die gesetzliche Rente überführen“. Das ist illusorisch. Es ist nicht möglich, in die Vertragsfreiheit einzugreifen.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Freiwillig!)

Eine 3-prozentige Erhöhung des Sicherungsniveaus kostet 30 Milliarden Euro. Das ist unverantwortlich. Deswegen lehnen wir diesen Antrag ab.

(Beifall der Abg. Dagmar Ziegler [SPD] – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Freiwillig!)

Zum nächsten Antrag mit dem Titel „Wiederherstellung eines Lebensstandard sichernden und strukturell armutsfesten Rentenniveaus“. Natürlich ist es auch unser Ziel, das Rentenniveau zu halten. Ihre Vorschläge sind zwar nicht besonders zielführend. Da aber auch wir an diesem Ziel festhalten, werden wir uns enthalten.

Den dritten Antrag – „Rente erst ab 67 sofort vollständig zurücknehmen“ – lehnen wir ab. Wir halten aus demografischen Gründen grundsätzlich an der Rente mit 67 fest; das habe ich schon ausgeführt. Alles andere können Sie unserem Wahlprogramm entnehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Schön, dass Sie es so gesagt haben!)

- (B) Bei dem vierten Antrag – „Risiko der Erwerbsminderung besser absichern“ – enthalten wir uns. Unsere Vorschläge zu diesem Thema sind wesentlich besser. Sie sind in systematischer Hinsicht richtiger und zielgruppenorientierter; aber wir sind nicht grundsätzlich gegen die Idee.

Den fünften Antrag – „Rentenbeiträge für Langzeitarbeitslose wieder einführen“ – werden wir ablehnen. Wir halten ein neues Konzept in diesem Bereich für möglich. Ansonsten würde es nur eine Miniaufstockung geben.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Unser Konzept ist das vom DGB!)

Bei dem sechsten Antrag – „Kindererziehung in der Rente besser berücksichtigen“ – werden wir uns enthalten. Wir wollen das auch, aber nicht nach Ihrem System.

Dem siebten Antrag – „Rente nach Mindestentgeltpunkten entfristen“ – werden wir zustimmen. Das sehen wir wie Sie.

Bei dem achten Antrag – „Eine solidarische Rentenversicherung für alle Erwerbstätigen“ – werden wir uns enthalten.

Den neunten Antrag – „Altersarmut wirksam bekämpfen – Solidarische Mindestrente einführen“ – lehnen wir ab. Wir lehnen eine Mindestrente innerhalb der gesetzlichen Rentenversicherung ab, weil Fürsorge- und Versicherungsprinzip nicht miteinander vermischt werden können.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Alles in allem sagen wir: Sie haben ein paar Schritte in die richtige Richtung unternommen, aber der Weg ist zu korrigieren. Wir werden ihn korrigieren, wenn wir wieder regieren. Fünf Monate noch – dann werden wir viel tun müssen. Die Rente ist ein wichtiger Bereich, den wir anpacken werden. Das verspreche ich hier.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Max Straubinger für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Max Straubinger (CDU/CSU):

Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben es heute mit vielen Anträgen der Fraktion Die Linke zur Rentenpolitik zu tun, die letztendlich alle illusorisch sind. Sie stehen auf keinem guten, vor allen Dingen nicht auf einem finanzierbaren Fundament.

(Karl Schiewerling [CDU/CSU]: So ist es! – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Es wird nicht besser, wenn man es öfter sagt!)

So ist es immer: Die Linke überzieht uns mit Anträgen, die einer realistischen Prüfung nicht standhalten. Sie versucht, daraus politisches Kapital zu schlagen. Das ist ihr gutes Recht; aber das werden die Bürgerinnen und Bürger in keiner Weise goutieren.

Es ist schon bemerkenswert, dass der Kollege Gysi hier ausgeführt hat, dass wir keine Beitragsbemessungsgrenze mehr brauchen – jeder zahlt ein –, er darüber hinaus aber in keiner Weise gesagt hat, ob auch jeder eine Leistung daraus erhalten soll. Das hat er übersehen.

(Alexander Süßmair [DIE LINKE]: Das hat er gesagt!)

Das zeigt sehr deutlich: Sie haben kein richtiges rentenpolitisches Konzept.

(Zuruf des Abg. Matthias W. Birkwald [DIE LINKE])

Der Kollege Gysi hängt noch sehr in seiner DDR-Vergangenheit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Widerspruch bei der LINKEN)

Dort haben auch alle in ein System eingezahlt. Manche haben sich daraus stärker bedient, insbesondere Rechtsanwälte und andere Gruppierungen in diesem System. Daran hängt der Kollege Gysi. Das will er uns als moderne Rentenpolitik verkaufen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Das ist klar, in Bayern gibt es keine Spezi-Wirtschaft! Da ist alles sehr gut!)

Es geht darum, einen guten und richtigen Weg für die Bürgerinnen und Bürger zu finden. Ich bin dankbar für die Ausführungen des Kollegen Schiewerling und des

Max Straubinger

- (A) Kollegen Weiß. Erst seit es eine Regierung unter Bundeskanzlerin Merkel an der Spitze gibt, können sich die Rentnerinnen und Rentner wieder auf das gesetzliche Rentenversicherungssystem in Deutschland verlassen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Petra Hinz [Essen] [SPD]: So ein Quatsch! Das sieht Blüm anders!)

Unter Rot-Grün wurden alle Rücklagen der Rentenversicherung aufgebraucht. Es musste sogar ein für das Jahr 2006 vorgesehener Zuschuss vorgezogen werden, damit im Dezember 2005 die Renten überhaupt zeitgerecht ausgezahlt werden konnten. Das war die Bilanz von rot-grüner Rentenpolitik.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Es gilt zu verhindern, dass sich dies wiederholt. Dazu haben wir in der Großen Koalition wegweisende Beschlüsse gefasst, die auch der demografischen Entwicklung Rechnung tragen. Hier möchte ich insbesondere Franz Müntefering unbedingt Respekt zollen, der dies mit umgesetzt hat.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Letztendlich gibt es nur ein Einmaleins, das für alle Fraktionen Gültigkeit hat. Wir wissen, dass wir in Deutschland immer älter werden. Gott sei Dank! Das ist erfreulich. Das ist ein großer Fortschritt. Aber darauf muss auch unser Rentenversicherungssystem eingestellt werden. Da haben wir nur vier Möglichkeiten:

- (B) Wir können die Renten kürzen. – Das schließe ich für diese Koalition aus.

Wir können exorbitante Beitragssteigerungen in Kauf nehmen. – Das schließe ich für diese Koalition aus.

Dann haben wir noch die Möglichkeit der Arbeitszeitverlängerung. – Das ist ein probates Mittel.

Die letzte Möglichkeit ist die Verlängerung der Lebensarbeitszeit.

In diesem Kontext liegen letztendlich unsere Entscheidungsmöglichkeiten. Da haben wir uns richtig entschieden, bis zum Jahr 2029 die Lebensarbeitszeit bis zum 67. Lebensjahr zu verlängern. Das ist letztendlich ein Kompromiss zwischen den Interessen der Generation der Älteren, die nun natürlich auf die Rente bauen können, und denen der jungen Generation, die nicht mit ungerechtfertigten, überdimensionierten Beitragsbelastungen konfrontiert wird.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Das ist ein Beitrag zur Stabilitätssicherung unseres Systems.

Eine Ergänzung ist die Kapitaldeckung. Verehrte Kollegen von der Linken, Sie haben das System völlig verkannt. Wir wollen mit der zusätzlichen Förderung der Kapitaldeckung Geringverdiener besser fördern. Die Riester-Förderung macht bei ihnen zum Teil 80 Prozent des gesamten Beitragsaufkommens für einen Altersvorsorgevertrag aus.

- (Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Ja! Aber Sie sagen nie, was bei den Geringverdienern hinten herauskommt!) (C)

Zusätzlich wirkt dieses System stabilisierend in die Zukunft hinein. Denn die Mittel für die Riester-Renten müssen nicht über das Umlagesystem von – zukünftig weniger – Beitragszahlern requiriert werden. Das ist der Sinn der Kapitaldeckung, die wir umgesetzt haben. Dies ist zielführend und wird auch von dieser Koalition vertreten.

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich bin schon überrascht über die Konzepte, die heute vorgestellt worden sind: Der Kollege Strengmann-Kuhn hat sich hervorragend bemüht; das möchte ich anerkennen. Aber er hat die Finanzierungsfrage offen gelassen. Er hat die Höhe offen gelassen, unter welchen Voraussetzungen und Kautelen eine Rente von 850 oder 900 Euro zustande zu bringen ist. Er hat letztendlich alles offen gelassen. Es ist bei einem Wunschkonzert geblieben, wie bei den Linken üblich.

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich hatte nur zehn Minuten!)

Auch das von der SPD vorgelegte Konzept – der neue Chefdiplomate und Kanzlerkandidat der SPD steht voll und ganz dahinter – ist keine Alternative. Vorgesehen ist die Rückabwicklung der Rente mit 67. Denn sonst hätte die SPD keine Einigkeit mit den Gewerkschaften zustande gebracht.

- (Ingrid Arndt-Brauer [SPD]: Quatsch! Ich habe das Gegenteil gesagt! – Bettina Hagedorn [SPD]: Das stimmt ja gar nicht!) (D)

Das bedeutet eine Beitragssatzerhöhung auf 22 Prozent. Das ist das SPD-Konzept.

(Thomas Oppermann [SPD]: Das sieht Ihr Konzept doch auch vor!)

Zusätzlich werben Sie dafür, sich schon ab dem 60. Lebensjahr frei entscheiden zu können, in Rente zu gehen. Ich frage mich, ob das gerecht sein kann und zur solidarischen Rentenversicherung passt. Denn so werden unserem Rentenversicherungssystem Beiträge älterer Arbeitnehmer entzogen. So früh in Rente zu gehen, können sich nur Begüterte leisten,

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

nicht aber die Geringverdiener; die müssen weiterhin in die Rentenversicherung einzahlen. Ob das gerecht ist, muss die SPD selbst beantworten. Ich glaube, da hat sie sich vertan.

In diesem Sinne gibt es keine Alternative zu den Konzepten von CDU/CSU und FDP.

(Ingrid Arndt-Brauer [SPD]: Es gibt kein Konzept! – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Wo ist es denn?)

Bei uns können sich die Bürgerinnen und Bürger darauf verlassen, dass unsere gesetzliche Rente, die betriebliche

Max Straubinger

- (A) Altersversorgung und die private Zusatzversorgung weiterhin auf einem guten Fundament ruhen.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Da ist gar nichts!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Als letzte Rednerin zu diesem Tagesordnungspunkt hat nun das Wort die Kollegin Bettina Kudla.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Bettina Kudla (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Lassen Sie mich als letzter Redner der Debatte

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Rednerin!)

einige wichtige Punkte zusammenfassen. Die Vorschläge der Fraktion Die Linke zum Rentensystem sind abzulehnen, weil sie kontraproduktiv sind. Sie machen die Rente nicht sicherer, sondern unsicherer. Sie machen den Menschen etwas vor, und die Vorschläge sind finanziell nicht unterlegt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Zurufe von der LINKEN)

- (B) Besonders verwerflich und kritikwürdig finde ich, dass Sie an die bewährte Struktur des Rentensystems herangehen wollen. Wo bitte schön gibt es ein Haus mit nur einer tragenden Wand?

(Zuruf der Abg. Elke Ferner [SPD])

Sie stellen das bewährte Dreisäulensystem aus gesetzlicher Rentenversicherung, betrieblicher Altersvorsorge und privater Vorsorge infrage. Das aber macht das Rentensystem sicher.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Das Dreisäulensystem ist gescheitert!)

Sie sägen weiterhin an der gesetzlichen Rentenversicherung, indem Sie strukturelle Änderungen vorschlagen, die völlig unsinnig sind. Die gesetzliche Rentenversicherung basiert auf der Umlagefinanzierung. Umlagefinanzierung heißt: Nur derjenige zahlt Beiträge, der arbeitet. Das heißt: keine Rentenversicherungsbeiträge für Arbeitslose. Ihr Vorschlag, die Rente mit 67 wieder auf die Rente mit 65 zurückzufahren, ist abzulehnen. Es ist finanziell nicht unterlegt. Stellen Sie sich das einmal vor: Jemand hört mit 65 auf, zu arbeiten, und es ist überhaupt nicht absehbar, wie die Rente über die folgenden zwei Jahre finanziert werden soll. Darüber hinaus fehlen die Beiträge für diese zwei Jahre. Ihre Politik ist realitätsfern und weltfremd.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Rentenpolitik kann man nicht völlig isoliert betrachten. Rentenpolitik wird durch viele andere Politikfelder flankiert. Rentenpolitik ist von einer guten Finanz- und Wirtschaftspolitik abhängig, (C)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

die wirtschaftliches Wachstum fördert, die unternehmerische Initiative sich entfalten lässt, die die Beitragszahler nicht über Gebühr belastet und somit Ausgewogenheit gewährleistet.

Die Sozialversicherungssysteme zukunftsfest zu machen, das ist die große Herausforderung der kommenden Jahre. Diese Zukunftsfestigkeit bedeutet: Es muss Ausgewogenheit herrschen zwischen dem, was die Sozialversicherungssysteme leisten können, dem, was die Beitragszahler leisten können, und dem, was der Bundeshaushalt leisten kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Das heißt, die Höhe der Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt in die Sozialversicherungssysteme darf nicht weiter ansteigen. Wenn sie ansteigen muss, sind die Sozialversicherungssysteme nicht solide finanziert.

Ein weiterer wesentlicher Faktor ist die Preisstabilität. Wer sich für eine hohe Rente der Bürger einsetzt, muss auch dafür sorgen, dass die Kaufkraft der Rente erhalten bleibt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP) (D)

Die Preise müssen stabil bleiben. Dies können sie nur durch einen stabilen Euro und durch stabile Finanzmärkte. Wir haben bisher über 22 Maßnahmen zur Sicherung der Stabilität der Finanzmärkte im Finanzausschuss auf den Weg gebracht.

Meine Herren von der SPD,

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Die SPD hat auch Damen!)

ich wundere mich darüber, wie leichtfertig Sie darüber sprechen können, dass es geradezu verwerflich sei, wenn man die Beitragszahler entlaste. Mich wundert auch, meine Damen und Herren der Linken, wie leichtfertig Sie Riester kritisieren. Der Staat gibt enorm viel Geld gerade den Geringverdienern dazu, damit diejenigen, die ein geringes Einkommen haben, im Alter die sich daraus ergebende Lücke schließen können, sich also ihre niedrige Rente etwas erhöht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, die Bundesregierung ist mit ihrer Politik auf dem richtigen Weg!

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Petra Hinz [Essen] [SPD]: Gescheitert und am Ende!)

(A) Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 17/12436 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Arbeit und Soziales auf Drucksache 17/12474. Zunächst stimmen wir ab über die Buchstaben b und e der Beschlussempfehlung, zu denen die Fraktion Die Linke namentliche Abstimmung verlangt hat.

Wir kommen zur ersten namentlichen Abstimmung. Der Ausschuss für Arbeit und Soziales empfiehlt unter Buchstabe b seiner Beschlussempfehlung die Ablehnung des Antrags der Fraktion Die Linke auf Drucksache 17/10991 mit dem Titel „Rente erst ab 67 sofort vollständig zurücknehmen“.

Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die Plätze einzunehmen. – Sind die Urnen besetzt? – Das ist offenkundig der Fall. Dann eröffne ich die Abstimmung zu Buchstabe b der Beschlussempfehlung und bitte, die Stimmkarten einzuwerfen.

Haben alle anwesenden Abgeordneten ihre Stimmkarte eingeworfen? – Das ist offenkundig der Fall. Dann schließe ich die Abstimmung und bitte, mit der Auszählung zu beginnen.

(B) Nun kommen wir zur zweiten namentlichen Abstimmung.

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales empfiehlt unter Buchstabe e seiner Beschlussempfehlung wiederum die Ablehnung des Antrags der Fraktion Die Linke auf Drucksache 17/10994 mit dem Titel „Kindererziehung in der Rente besser berücksichtigen“. – Die Urnen sind noch besetzt. Dann eröffne ich die Abstimmung und bitte, die Stimmkarten einzuwerfen.

Haben alle anwesenden Abgeordneten ihre Stimmkarte zur zweiten namentlichen Abstimmung eingeworfen? – Dann schließe ich die Abstimmung und bitte, mit der Auszählung zu beginnen. Die Ergebnisse der Abstimmungen werden Ihnen später bekannt gegeben.¹⁾

Ich möchte Sie bitten, sich auf Ihre Plätze zu begeben, da wir noch mehrere einfache Abstimmungen durchzuführen haben. Diejenigen, die nicht mehr teilnehmen wollen, bitte ich, den Saal zu verlassen, damit ich einen Überblick bekomme.

Wir setzen die Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Arbeit und Soziales auf Drucksache 17/12474 zu sechs weiteren Anträgen der Fraktion Die Linke fort.

Der Ausschuss empfiehlt unter Buchstabe a seiner Beschlussempfehlung die Ablehnung des Antrags auf

Drucksache 17/10990 mit dem Titel „Wiederherstellung eines Lebensstandard sichernden und strukturell armutsfesten Rentenniveaus“. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Beschlussempfehlung ist angenommen mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und den Stimmen der Grünen gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke und bei Enthaltung der SPD. (C)

Unter Buchstabe c empfiehlt der Ausschuss die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/10992 mit dem Titel „Risiko der Erwerbsminderung besser absichern“. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Beschlussempfehlung ist angenommen mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Linken und bei Enthaltung von SPD und Grünen.

Weiterhin empfiehlt der Ausschuss unter Buchstabe d seiner Beschlussempfehlung die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/10993 mit dem Titel „Rentenbeiträge für Langzeiterwerbslose wieder einführen“. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist angenommen mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der SPD-Fraktion bei Gegenstimmen der Linken und Enthaltung der Grünen.

Unter Buchstabe f seiner Beschlussempfehlung empfiehlt der Ausschuss die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/10995 mit dem Titel „Rente nach Mindestentgeltpunkten entfristen“. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist angenommen mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Grünen bei Gegenstimmen der Linken und Enthaltung der SPD-Fraktion. (D)

Des Weiteren empfiehlt der Ausschuss unter Buchstabe g seiner Beschlussempfehlung die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/10997 mit dem Titel „Eine solidarische Rentenversicherung für alle Erwerbstätigen“. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist angenommen mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen bei Gegenstimmen der Linken und Enthaltung von SPD und Grünen.

Schließlich empfiehlt der Ausschuss unter Buchstabe h seiner Beschlussempfehlung die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/10998 mit dem Titel „Altersarmut wirksam bekämpfen – Solidarische Mindestrente einführen“. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist angenommen mit den Stimmen aller Fraktionen bei Gegenstimmen der Fraktion Die Linke.

■ [REDACTED]

[REDACTED]